

---

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**  
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris  
(Institut historique allemand)  
Band 6 (1978)

DOI: 10.11588/fr.1978.0.49127

---

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

ROLAND HÖHNE

ANATOMIE EINER WAHL. DIE PERZEPTION DER FRANZÖSISCHEN PARLAMENTSWAHLEN VON 1973 DURCH DIE LIBERALE PRESSE DER BUNDESREPUBLIK

Die liberale Presse der Bundesrepublik<sup>1</sup> berichtet im Frühjahr 1973 ausführlich über die französischen Parlamentswahlen. Im Mittelpunkt ihrer Berichterstattung steht die Frage: *Wird es den Linksparteien gelingen – ähnlich wie es den Sozialdemokraten in der Bundesrepublik gelang – die bürgerliche Regierungsmehrheit aus dem Sattel zu heben und eine fünfzehnjährige, unantastbar scheinende Herrschaft zu brechen?*<sup>2</sup> Diese Frage erscheint ihr von existentieller Bedeutung nicht nur für Frankreich, sondern auch für die Bundesrepublik und den Westen. Einerseits erhofft sie sich nämlich von einem Ende der gaullistischen Herrschaft eine Beschleunigung des gesellschaftlichen Fortschritts in Frankreich, eine Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen und eine Stärkung der EG sowie der NATO;<sup>3</sup> andererseits befürchtet sie jedoch von einem Wahlsieg der Linken negative Auswirkungen auf die liberale Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung Frankreichs sowie auf die wirtschaftlichen und politischen Bindungen Frankreichs an den Westen.<sup>4</sup> Ihre Haltung gegen-

<sup>1</sup> Die liberale Presse der Bundesrepublik zerfällt in zwei Hauptrichtungen, eine konservative und eine progressive, die vor allem durch die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« (FAZ) bzw. die »Frankfurter Rundschau« (FR) repräsentiert werden. Dazwischen existiert eine Mittelposition, die Elemente beider Hauptströmungen in sich vereint. Sie wird besonders von der »Zeit« und dem »Spiegel« vertreten. Die vorliegende Untersuchung stützt sich daher auf diese vier Presseorgane. Vgl. Günter GILLESSEN, Die Tageszeitungen, in: Deutsche Presse seit 1945, hrsg. v. Harry PROSS, München 1965, S. 119–134 und Walter FABIAN, Die Wochenzeitungen, ebda., S. 159–172; ferner zum Zusammenhang zwischen politischem und publizistischem System Heinz-Dietrich FISCHER, Parteien und Presse in Deutschland seit 1945, Bremen 1971. Methodisch orientiert sich die Analyse an folgenden Arbeiten: Alphons SILBERMANN, Systematische Inhaltsanalyse, in: Handbuch der Sozialforschung, S. 570 ff.; Jürgen RITSERT, Inhaltsanalyse und Ideologiekritik, Frankfurt a. M., 1972; Otto Walter HASELOFF, Inhaltsanalyse des politischen Informationsangebots von Tageszeitungen, in: Kommunikationspolitische und kommunikationswissenschaftliche Forschungsprojekte der Bundesregierung (1971–1974), Bonn 1974, S. 75 ff.

<sup>2</sup> Lutz KRUSCHE, Die erste Wahl mit dem Herzen – die zweite mit dem Hirn, FR, 2. 3. 73, S. 3.

<sup>3</sup> Alfred GROSSER, Die Trümpfe des Gaullismus, Die Zeit, 16. 2. 73, S. 8; Theo SOMMER, Gewinn für Europa, Die Zeit, 16. 3. 73, S. 1.

<sup>4</sup> Nikolas BENCKISER, Blick auf Frankreich, FAZ, 24. 2. 73, S. 1; Theo SOMMER, Die letzten Tage des Gaullismus?, Die Zeit, 2. 3. 73, S. 1.

über den beiden Blöcken, die sich im Wahlkampf gegenüberstehen und ihn bestimmen – die Regierungsmehrheit und die Linksunion – ist daher ambivalent, was sich deutlich in ihrer Berichterstattung niederschlägt. Diese beschäftigt sich hauptsächlich mit der innenpolitischen Konstellation, den Strukturen, Programmen, Persönlichkeiten und Wahlchancen der Parteien, den Konfliktpotentialen der französischen Innenpolitik, den Wahlergebnissen und ihren möglichen Folgen. Die gesellschaftlichen und internationalen Rahmenbedingungen des Wahlkampfes werden dagegen nur wenig beachtet.<sup>5</sup> Die liberale Presse der Bundesrepublik vermittelt somit ihren Lesern nur ein partielles Bild der französischen Politik.

### 1. Die politische Konstellation

Übereinstimmend konstatieren die Kommentatoren der liberalen Presse die Polarisierung der politischen Kräfte Frankreichs auf der Rechten und auf der Linken.<sup>6</sup> Diese erklärt Nikolas Benckiser in der ›FAZ‹ unter Berufung auf den französischen Politologen François Goguel mit dem historischen Gegensatz zwischen der *Partei des Beharrens* und der *Partei der Bewegung*. Die Aufnahme der Kommunistischen Partei in die *Partei der Bewegung* habe ihn und damit die Polarisierung noch verstärkt.<sup>7</sup> Eine inhaltliche Bestimmung des Gegensatzes zwischen der *Partei des Beharrens* und der *Partei der Bewegung* gibt N. Benckiser nicht. Aus dem Gesamtzusammenhang seines Artikels läßt sich jedoch schließen, daß er für ihn mit dem alten liberalen Gegensatz zwischen »konservativ« und »progressiv« identisch ist. D. h. er überträgt ohne kritische Überprüfung das liberale Rechts-Linksschema des 19. Jahrhunderts auf die Gegenwart. Bei ihm fehlt ebenso wie bei den übrigen liberalen Kommentatoren eine Analyse der gesellschaftlichen Ursachen und des politisch-ideologischen Inhaltes des Rechts-Linksgegensatzes. Die Polarisierung der politischen Kräfte muß daher dem deutschen Leser unverständlich bleiben, wenn er seine Informationen über Frankreich nur aus der liberalen Presse bezieht.

Übereinstimmend vertreten die liberalen Kommentatoren die Ansicht, daß infolge der Polarisierung der »Kampf um die Macht« primär zwischen der *Mehrheit* aus Gaullisten, Unabhängigen Republikanern und rechten Zentristen und der *Volksfront* aus Sozialisten, Kommunisten und

<sup>5</sup> Beide Themenkreise werden daher in dieser Untersuchung nicht behandelt.

<sup>6</sup> N. BENCKISER, Blick auf Frankreich, FAZ, 24. 2. 73, S. 1; ders., Frankreichs Zweiparteiensystem, FAZ, 13. 3. 73, S. 1; L. KRUSCHE, FR, 5. 3. 73, S. 2; ders., Noch nicht entschieden, F. R., 6. 3. 73, S. 3; Th. SOMMER, Die letzten Tage des Gaullismus?, Die Zeit, 2. 3. 73, S. 1.

<sup>7</sup> N. BENCKISER, Blick auf Frankreich, FAZ, 24. 2. 73, S. 1.

linken Radikalen stattfindet. Die Mitte aus *oppositionellen Zentristen* und *liberalen Radikalen* nimmt zwar auch an ihm teil, kann ihn aber nicht wesentlich beeinflussen. Die übrigen Parteien und Gruppierungen spielen nur eine marginale Rolle und werden deshalb kaum erwähnt.<sup>8</sup> Der 1. Wahlgang verstärkt durch die Eliminierung der kleinen Parteien und der unabhängigen Kandidaten sowie durch die Niederlage vieler *Reformatoren* die Polarisierung. *Jetzt*, so schreibt L. Krusche in der »Frankfurter Rundschau«, nach dem 1. Wahlgang, *geht es tatsächlich nur noch um die klare Entscheidung zwischen rechts und links.*<sup>9</sup>

Die Polarisierung der politischen Kräfte wird von der gesamten liberalen Presse tief bedauert. Sie schwächt die Position der Mitte, und sie birgt die Gefahr *einer sozialistisch-kommunistischen Machtergreifung* in sich, da sie den Wählern nur noch die Entscheidung zwischen *rechts und links*, zwischen *Mehrheit* und *Volksfront* läßt.<sup>10</sup> Ihre Überwindung bildet daher das Wunschziel aller liberalen Kommentatoren.

## 2. Das politische Spektrum

### 2.1. Die Parteien der Rechten

Die Rechte – das ist für die liberale Presse die Regierungsmehrheit aus Gaullisten, Unabhängigen Republikanern und gouvernementalen Zentristen. Beachtung finden jedoch nur die Gaullisten, die meistens mit der gesamten Regierungsmehrheit gleichgesetzt werden. Die Unabhängigen Republikaner und die gouvernementalen Zentristen werden nur gelegentlich in Verbindung mit den Gaullisten erwähnt. Sie erscheinen so als reine Anhängsel der größten Fraktion der Regierungsmehrheit, die für den Ausgang der Wahl und damit für das künftige politische Kräfteverhältnis ohne große Bedeutung sind.

Im Gegensatz zur geringen Beachtung der beiden kleineren Regierungsparteien steht die umfangreiche Berichterstattung über den Vorsitzenden der Unabhängigen Republikaner, Giscard d'Estaing. Neben Pompidou erscheint er als der eigentliche Führer der Regierungsmehrheit. Dadurch wird jedoch nur der Eindruck verstärkt, daß die Mehrheit mit dem Gaullismus identisch ist.

Der Gaullismus befindet sich in einer tiefen Krise, die der von 1969 ähnelt – darin stimmen alle liberalen Berichtersteller überein. Sie äußert

<sup>8</sup> L. KRUSCHE, Noch nicht entschieden, FR, 6. 3. 73, S. 3; Th. SOMMER, Die letzten Tage des Gaullismus?, Die Zeit, 2. 3. 73, S. 1.

<sup>9</sup> L. KRUSCHE, Mehrheit gegen Linksopposition, FR, 10. 3. 73, S. 3.

<sup>10</sup> N. BENCKISER, Blick auf Frankreich, FAZ, 24. 2. 73, S. 1.

sich in Mutlosigkeit, mangelndem Selbstvertrauen, internen Richtungskämpfen und Desorientierung. Ihre beiden wichtigsten Ursachen bilden die Korruption der gaullistischen Führungsschicht und der Verlust des geistig-politischen Zentrums durch den Abtritt de Gaulles. Die Korruption führender gaullistischer Politiker hat die Gaullisten bei den Wählern in Mißkredit gebracht<sup>11</sup>, und der Verlust des geistig-politischen Zentrums hat ihnen die Orientierung genommen. Weder Staatspräsident Pompidou noch Premierminister Messmer haben de Gaulle als Führer- und Integrationsfigur ersetzen und die gaullistische Bewegung trotz ihrer persönlichen Integrität wieder moralisch regenerieren können. *So bekamen die Gaullisten allmählich die Nachteile der langen Regierungszeit zu spüren*, kommentiert Theo Sommer in der »Zeit« diesen Zustand, *ohne sie durch die Vorteile wettmachen zu können, die ihnen vordem aus dem Charisma de Gaulles zugeflossen waren.*<sup>12</sup>

Infolge der Krise schwanken die Gaullisten zwischen Pragmatismus und Idealismus, meint Alfred Grosser in der »Zeit«. Sie wollen sich vor allem an der Macht behaupten. *Diese Macht wird zwar nur von wenigen ausgeübt*, schreibt Grosser, *aber nicht wenigen verschafft sie erhebliche Vorteile, wie die lange Liste der Skandale der letzten Jahre zeigt.*<sup>13</sup> Um sich an der Macht zu behaupten, bemerkt Lutz Krusche in der »Frankfurter Rundschau«, haben die Gaullisten *ihren Wahlkampf weitgehend auf die Verfassung von 1958 und die Bewahrung der übergeordneten Position des Staatspräsidenten ausgerichtet*. Pompidou wird dadurch zur Zentralfigur des gaullistischen Wahlkampfes. Er benutzt seine ganze Amtsautorität, um die Position seiner Anhänger zu stärken und zwingt so die Linke, ihren Wahlkampf primär gegen ihn zu führen, was sie vermeiden wollte. Sein Eingriff in den Wahlkampf hat wieder einmal gezeigt, *daß in der V. Republik nicht Parlament und Premier den Ausschlag geben, sondern allein der Präsident.*<sup>14</sup>

Die Wahlthemen der Gaullisten – Mehr soziale Gerechtigkeit, Erhaltung der Institutionen, Fortsetzung des wirtschaftlichen Fortschritts, Verteidigung der Rolle Frankreichs in der Welt – bezeichnet L. Krusche in der »Frankfurter Rundschau« als *schmalbrüstige Slogans*, die die programmatische Schwäche des Gaullismus offenbaren. Diese Schwäche ergibt sich seiner Meinung nach aus der Fixierung des Gaullismus auf den Staatspräsidenten sowie aus der lockeren Organisationsstruktur und der heterogenen Zusammensetzung der gaullistischen Bewegung. Diese drei

<sup>11</sup> Spiegel, 9/73 (26. 2. 73), Es reicht, S. 72.

<sup>12</sup> Th. SOMMER, Die letzten Tage des Gaullismus?, Die Zeit, 2. 3. 73, S. 1.

<sup>13</sup> A. GROSSER, Die Trümpfe des Gaullismus, Die Zeit, 16. 2. 73, S. 8.

<sup>14</sup> L. KRUSCHE, Pompidou wirft den Fehdehandschuh hin, FR, 10. 2. 73, S. 3.

Faktoren machen es den Gaullisten schwer, mit einem *präzisen Zukunftsprogramm* anzutreten. Sie versuchen daher, durch *die Beschwörung der Treue zu General de Gaulle* und durch *den Appell an den gefühlsmäßigen Antikommunismus vieler Franzosen*, ihre programmatische Schwäche zu kompensieren. Dies gelingt ihnen jedoch nur teilweise, denn ihre nationale und antikommunistische Propaganda findet in der Wählerschaft nicht mehr das gleiche Echo wie früher.<sup>15</sup> *Nicht wenige Wähler vertreten die Auffassung, Frankreich könne das Experiment mit einer Regierung der Union der Linken ruhig wagen. Nötigenfalls sei ja Pompidou da, um die Dinge im Rahmen zu halten*, meint Herbert Kaufmann in der »FAZ« und gibt damit die allgemeine Ansicht der liberalen Kommentatoren wieder.<sup>16</sup>

## 2.2. Die Mitte

Aufgrund der konstatierten Krise des Gaullismus und der Ergebnisse der Meinungsumfragen rechnet die liberale Presse mit erheblichen Stimmenverlusten der Gaullisten. Sie nimmt daher an, daß diese *mit Sicherheit die absolute Mehrheit verlieren und wahrscheinlich auch gemeinsam mit ihren Koalitionspartnern die Mehrheit nicht wiedergewinnen werden*.<sup>17</sup> Eine erneute Regierungsbildung durch die Gaullisten erscheint ihr daher nur mit Hilfe der Mitte möglich.<sup>18</sup>

Zur Mitte rechnet die liberale Presse die *Reformatoren*, d. h. die oppositionellen Zentristen um Lecanuet sowie die liberalen Radikalen um Servan-Schreiber, denen sich einige gaullistische Dissidenten wie Jeanneney angeschlossen haben.<sup>19</sup> Herbert Kaufmann bezeichnet die beiden Parteien der Mitte in der »FAZ« als *undogmatische Gruppierungen, die nach rechts und links offen sind*, also tatsächlich die Mitte des politischen Spektrums besetzen.<sup>20</sup> Alfred Grosser siedelt sie dagegen in der »Zeit« auf einem Feld an, *das links an die Sozialisten grenzt und nach rechts keine Grenzen hat*. Er sieht in ihrem Zusammenschluß *das Bündnis derjenigen, die sich als ›dritte Kraft‹ ausgeben wollen, aber nur noch Überreste der früheren dritten Kraft repräsentieren, denn links ist ein guter Teil der Radikalsozialisten abtrünnig geworden und kämpft . . . auf der Seite der*

<sup>15</sup> L. KRUSCHE, Die Gaullisten setzen auf die Frauen und das Wahlgesetz, FR, 26. 2. 73, S. 3.

<sup>16</sup> H. KAUFMANN, Die Wahlschlacht um die V. Republik hat begonnen, FAZ, 15. 2. 73, S. 2.

<sup>17</sup> Spiegel, 9/73 (26. 2. 73), Es reicht, S. 72.

<sup>18</sup> E. WEISENFELD, Linker Vormarsch, Die Zeit, 9. 3. 73, S. 6.

<sup>19</sup> H. KAUFMANN, Frankreichs Mitte steht für demokratische Reformen, FAZ, 27. 2. 73, S. 2.

<sup>20</sup> Ebda.

*Kommunisten und der Sozialisten, und Lecanuet ficht seit 1969 einen Bruderkrieg mit den Centristen aus, die ins Regierungslager übergegangen sind.*<sup>21</sup>

Die unterschiedliche Einschätzung der Mitte durch die verschiedenen Richtungen der liberalen Presse zeigt sich auch in der Beschreibung ihrer führenden Persönlichkeiten und ihrer Ziele. Die Mitte, so meint H. Kaufmann in der »FAZ«, besitzt in Jean-Jacques Servan-Schreiber und in Jean Lecanuet zwei *dynamische Politiker* und in Jeanneney einen *Gaullisten von untadeligem Charakter, der Kommunismus und Konservatismus ablehnt*. Alle drei Politiker wollen soziale, wirtschaftliche und politische Reformen. Sie fordern für alle Franzosen Sicherheit des Arbeitsplatzes, angemessene Entlohnung, rechtliche Gleichstellung von Mann und Frau, Kündigungsschutz, ausreichende Alters- und Krankenversorgung, ein »normales« Einkommen für Handwerker und selbständige Kaufleute, feste Agrarpreise für die Landwirtschaft, Steuergerechtigkeit, Selbstverwaltung der Regionen, Ablösung des nationalen Systems der militärischen Abschreckung durch ein westeuropäisches Verteidigungssystem, Direktwahl des europäischen Parlaments, allmähliche Übertragung von Souveränitätsrechten auf die Europäische Gemeinschaft. Diese Forderungen wollen sie *ohne Revolution und in Ruhe und Ordnung* durchsetzen.<sup>22</sup> Das Wahlprogramm der Mitte, wie es von Herbert Kaufmann geschildert wird, entspricht weitgehend den Positionen der »FAZ«. Deren Sympathien für die Mitte ist daher verständlich. Sie führt jedoch zu einer eindeutigen Überschätzung der Mitte und damit zu einer Fehleinschätzung der französischen Politik, wie die Wahlergebnisse zeigen sollten. Hieran zeigt sich wiederum exemplarisch, wie stark der eigene Standort, das eigene Wert- und Normensystem sowie die daraus resultierenden politischen Zielvorstellungen die Perzeption der fremden Realität beeinflussen. Der Einfluß politisch-ideologischer Faktoren auf die Berichterstattung wird noch deutlicher, wenn man das Bild, das die »FAZ« von der Mitte vermittelt, mit dem vergleicht, das die übrige liberale Presse zeichnet. L. Krusche bezeichnet die Mitte in der »Frankfurter Rundschau« als *Hilfstruppe der Regierungsmehrheit*, die es kaum erwarten kann, an der Macht beteiligt zu werden,<sup>23</sup> und Alfred Grosser schreibt in der »Zeit«, die Mitte strebt ein Bündnis mit Pompidou an, falls dieser nach den Wahlen auf sie zur Mehrheitsbildung angewiesen ist.<sup>24</sup> Der »Spie-

<sup>21</sup> A. GROSSER, Die Trümpfe des Gaullismus, Die Zeit, 16. 2. 73, S. 8.

<sup>22</sup> H. KAUFMANN, Frankreichs Mitte steht für demokratische Reformen, FAZ, 27. 2. 73, S. 2.

<sup>23</sup> L. KRUSCHE, Die Gaullisten setzen auf die Frauen und das Wahlgesetz, FR, 26. 2. 73, S. 3.

<sup>24</sup> A. GROSSER, Die Trümpfe des Gaullismus, Die Zeit, 16. 2. 73, S. 8.

gel« schließlich hat für die Mitte, besonders für Lecanuet, nur Hohn und Spott.<sup>25</sup>

### 2.3. Die Linke

Der Hauptgegner der Rechten im Wahlkampf ist somit für die liberale Presse nicht die oppositionelle Mitte, sondern die Linke. Diese scheint für die liberalen Kommentatoren des Wahlkampfes nur aus Sozialisten und Kommunisten zu bestehen, denn die linksliberalen *Radicaux de Gauche* sowie die Gruppierungen der extremen Linken – Trotzlisten, Maoisten, Gauchisten usw. werden von ihnen kaum erwähnt. Die liberale Presse vermittelt somit ihren Lesern von der Linken ein ebenso reduziertes Bild wie von der Rechten.

#### 2.3.1. Die Sozialisten

Sämtliche liberalen Kommentatoren betrachten die Sozialisten als die führende Kraft der Linken.<sup>26</sup> Einige von ihnen befürchten jedoch, daß diese nicht in der Lage sein würden, ihren kommunistischen Bündnispartner zu kontrollieren, falls sie gemeinsam mit diesem die Regierung bilden sollten. Sie beschäftigen sich daher eingehend mit der Stärke und Effizienz der sozialistischen Organisation, der Zusammensetzung der sozialistischen Anhänger- und Wählerschaft, dem Ersten Sekretär der Sozialistischen Partei, François Mitterrand und dem Verhältnis zwischen Sozialisten und Kommunisten.

Der Pariser Politologe Alfred Grosser vertritt in der »Zeit« die Ansicht, die Sozialistische Partei verfüge nicht über einen gewaltigen Apparat, sie beherrsche keine große Gewerkschaftsorganisation und das Engagement ihrer Mitglieder sei nicht so stark wie das der Kommunisten. Daher lasse sich ihr Wahlkampf auch nicht mit *der phantastischen Groß- und Kleinarbeit der Kommunisten* vergleichen. Aber sie sei auch nicht mehr *die alte, schwerfällige, dahinschrumpfende Organisation der S.F.I.O. von Guy Mollet*. Sie vermag daher durchaus Massen mobilisieren.<sup>27</sup>

Herbert Kaufmann von der »FAZ« räumt den Sozialisten größere Wahlchancen ein als den Kommunisten. Ihr Erster Sekretär, François Mitterrand, ist bei den Massen populär und sie *segeln vor dem günstigen Wind der Linksneigung der Generation unter 50, die auch in anderen Industrieländern zu beobachten ist. Sie können sich auf neue Schichten*

<sup>25</sup> Spiegel, 9/73 (26. 2. 73), Es reicht, S. 69–73.

<sup>26</sup> H. KAUFMANN, Scheintod und Auferstehung der französischen Sozialisten, FAZ, 23. 2. 73, S. 2.

<sup>27</sup> A. GROSSER, Die Trümpfe der Gaullisten, Die Zeit, 16. 2. 73, S. 8.

*von Angestellten und technischen Kadern in mittleren Führungspositionen stützen, und sie haben einen entsprechend hohen Teil der Lehrerschaft gewonnen. Sie kassieren ein, was aus Überdruß an fünfzehn Jahren Gaulismus an Wählerstimmen aus dem Regierungslager abwandert und die Mitte zu zahm findet. Sie profitieren vom Tauwetter, das dem kalten Krieg gefolgt ist. Im übrigen appellieren sie an die utopischen Komponenten des Menschen, die noch zu allen Zeiten beflügelter Antrieb politischen Wechsels war.*<sup>28</sup>

Das Verhältnis zwischen Kommunisten und Sozialisten erscheint Herbert Kaufmann ambivalent. Beide Parteien sind aufeinander angewiesen, um die Wahlen zu gewinnen, betrachten sich jedoch gegenseitig mit Mißtrauen. Die Sozialisten halten das Bündnis mit den Kommunisten lediglich für eine *Verlobungszeit*, die auf fünf Jahre beschränkt ist. *Bis dahin glauben sie zu wissen, ob an der Rose, die man in der Faust hält, auch Dornen sitzen.* Die Kommunisten sehen ihrerseits in dem Bündnis eine wahltaktische Notwendigkeit, die sich aus der politischen Konstellation ergibt. Sie beobachten jedoch den Wiederaufstieg der Sozialisten seit ihrer inhaltlichen und organisatorischen Erneuerung mit gemischten Gefühlen. Sie fürchten, daß die Sozialisten *den Rahm des Bündnisses* abschöpfen und sich im Falle eines Wahlerfolges mit der Mitte verbünden könnten.<sup>29</sup>

Infolge ihres gegenseitigen Mißtrauens, meint L. Krusche in der »Frankfurter Rundschau«, führen Sozialisten und Kommunisten ihren eigenen Wahlkampf. Sie haben zwar verabredet, im zweiten Wahlgang den jeweils *besten* Kandidaten zu unterstützen, aber beide haben ihre eigenen Ansichten darüber, wer jeweils der *beste* Kandidat ist. *Die Kommunisten verstehen darunter den Bewerber, der im ersten Wahlgang am besten abgeschnitten hat, die Sozialisten dagegen denjenigen, der die besten Aussichten hat, beim zweiten Test zu gewinnen.* Für Lutz Krusche gibt es keinen Zweifel, daß dies fast immer der sozialistische Kandidat sein wird. Er verweist zur Bekräftigung seiner These auf die Ergebnisse der Meinungsumfragen, die ermittelt haben, daß 21 Prozent der Wähler, die sich für das Linksprogramm entschieden haben, im zweiten Wahlgang lieber für einen Kandidaten des Regierungslagers stimmen werden als ihre Stimme einem Kommunisten zu geben. Dagegen würden sie einen Sozialisten ohne Bedenken wählen. *Die Kommunisten, so kommentiert er diese Ergebnisse, sind jedoch nicht bereit, im Interesse eines Wahlsieges der Linken ihren Kandidaten im zweiten Wahlgang zurückzuziehen, wenn dieser nach dem ersten Wahlgang besser plaziert ist als ein Sozialist.* Den

<sup>28</sup> H. KAUFMANN, Scheintod und Auferstehung der Sozialisten, FAZ, 23. 2. 73, S. 2.

<sup>29</sup> Ebda.

Grund für diese Haltung sieht er in der Furcht der Kommunisten, *daß sie trotz fünffach größerer Mitgliederzahl von den Sozialisten im Parlament überflügelt werden könnten.*<sup>30</sup>

Die Befürchtungen der Kommunisten, die Sozialisten könnten sich nach den Wahlen mit den Regierungsparteien verbünden oder zumindest mit ihnen punktuell zusammenarbeiten, hält Herbert Kaufmann von der »FAZ« für unbegründet. Zwar sind die sozialpolitischen Vorstellungen zwischen den Sozialisten und den Regierungsparteien nicht *himmelweit* voneinander entfernt. Aber es besteht zwischen ihnen ein *unüberbrückbarer Gegensatz* auf verfassungspolitischem Gebiet. Die Absicht der Sozialisten, die Machtbefugnisse des Präsidenten einzuschränken, wird von den Gaullisten strikt abgelehnt. Eine Verständigung zwischen ihnen ist daher nicht möglich.<sup>31</sup>

### 2.3.2. Die Kommunisten

Die Kommunistische Partei Frankreichs ist auch für die liberale Presse *nicht eine Partei wie jede andere*. Sie schöpft ihre Stärke wie ihre Problematik aus der doppelten Zugehörigkeit zum internationalen Kommunismus und zum politischen System Frankreichs. *Als Folge dieser doppelten Erbanlage*, meint Herbert Kaufmann in der »FAZ«, *wird die Partei in alle Auseinandersetzungen des Weltkommunismus hineingezogen und muß doch gleichzeitig die Rolle einer nationalen französischen Partei spielen*. Damit die Wähler sie als nationale Partei akzeptieren, die französische und nicht sowjetische Interessen vertritt, hält sie sich strikt an die Spielregeln der Verfassung. Während der Mai-Krise von 1968 hat sie die staatliche Ordnung gemeinsam mit der CGT *gegen die radikale Linke, gegen Trotzlisten, Maoisten und Anarchisten, gegen die Revolution betreibenden studentischen Söhne der bürgerlichen Gesellschaft* verteidigt. Dadurch hat sie an Ansehen und Einfluß unter der Wählerschaft gewonnen. *Aber das Lob für die Russen in Budapest, die laue Mißbilligung der Besetzung von Prag kostet Sympathien. Erst die Ost-West-Entspannung Anfang der Siebziger Jahre holt (sie) aus der Isolierung. Ob auch aus der Abhängigkeit von Moskau, weiß niemand*. Daher mißtrauen ihr weiterhin die Mehrheit der Franzosen.<sup>32</sup>

Lutz Krusche ist überzeugt, daß die KPF seit 1968 einen kontinuierlichen Wandlungsprozeß durchmacht. Sie hat sich seit den Maiunruhen von 1968 systematisch bemüht, als Ordnungsfaktor zu erscheinen und sie hat sich klar von der extremen Linken distanziert. Ihr Generalsekretär, Geor-

<sup>30</sup> L. KRUSCHE, FR, 2. 3. 73, S. 3.

<sup>31</sup> H. KAUFMANN, Scheintod und Auferstehung der Sozialisten, FAZ, 23. 2. 73, S. 2.

<sup>32</sup> H. KAUFMANN, Pariser Ministersessel in Reichweite?, FAZ, 10. 2. 73, S. 2.

ges Marchais, hat wiederholt betont, daß sie einen demokratischen Staat anstrebt und die Macht wieder abgeben wird, wenn die Mehrheit der Wähler dies will. Und schließlich bemüht sich die KPF, zu einer Volkspartei zu werden, indem sie nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Angestellten umwirbt.<sup>33</sup>

Auch Alfred Grosser sieht deutliche Anzeichen eines Wandels bei der KPF. Die Partei hat nicht nur im Mai 68 bewiesen, *daß sie mehr für Ordnung ist als für Revolution*, schreibt er in der »Zeit«. Sie hat sich auch zur gemäßigten Linken und zur Mitte hin geöffnet und *distanziert sich täglich von der politischen Struktur der Sowjetunion*. Durch die Distanzierung vom sowjetischen Herrschaftssystem gerät sie allerdings in ein ideologisches Dilemma: *Wenn Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zwar in der Sowjetunion bewundernswert bleiben, in Frankreich aber die republikanische Freiheitstradition fortgesetzt werden soll, was bleibt dann übrig von den wirtschaftlichen Machtverhältnissen?* Diese theoretische Frage, meint Grosser, ist von praktischer Relevanz, denn sie könnte sich negativ auf die Wahlchancen der Kommunisten auswirken. *Wenn es nun schon ein gemeinsames Programm mit den Sozialisten gibt, warum sollte da der freiheitliche Wähler, der einen Linksruck wünscht, nicht für die ebenfalls verjüngte Sozialistische Partei stimmen?* Grosser sieht dafür keinen Grund, denn trotz der Bemühungen der Kommunisten um ein modernes, demokratisches Image sind in seiner Sicht die Sozialisten für viele Linkswähler attraktiver.<sup>34</sup>

Die liberale Presse berichtet zwar ausführlich über den Wandlungsprozeß der KPF, sie untersucht jedoch nicht seine Ursachen und Folgen. Eine gewisse Ausnahme macht aber auch hier Lutz Krusche von der »Frankfurter Rundschau«. Er geht auf die Reaktion der französischen Bevölkerung ein und stellt dabei indirekt die Frage nach den Motiven des Wandels. *Für die einen hat Marchais lediglich sich und seiner Partei den Schafspelz übergestreift, um als Wolf in die Herde einzudringen; für andere hat er seine politische Einsicht bewiesen; sie danach gerichtet, daß in Frankreich ein weit verbreitetes Bedürfnis nach gesellschaftlichen Reformen besteht, jedoch Klassenkampfsparolen und Umsturzgeschrei die Wählermassen mehr abschrecken als anziehen.* Aber auch Krusche gibt nicht klar zu erkennen, welche der beiden Ansichten er teilt. Er weist jedoch auf die Folgen des Wandlungsprozesses für das Wählerverhalten hin. *Ob die Wandlung ehrlich war oder nicht, betont er, jedenfalls ist Marchais als Buhmann der Nation nur noch bedingt verwendbar.*<sup>35</sup>

<sup>33</sup> L. KRUSCHE, Marchais und Mitterrand erschrecken niemand mehr, FR, 24. 2. 73, S. 3.

<sup>34</sup> A. GROSSER, Die Trümpfe der Gaullisten, Die Zeit, 16. 2. 73, S. 8.

<sup>35</sup> L. KRUSCHE, Marchais und Mitterrand erschrecken niemand mehr, FR, 24. 2. 73, S. 3.

### 2.3.3. Die Linksliberalen

Die linksliberalen Verbündeten der Sozialisten und Kommunisten, die *Radicaux de Gauche*, werden von der liberalen Presse weitgehend ignoriert. Lediglich Alfred Grosser berichtet einmal beiläufig in der »Zeit«, *der linke Flügel der Radikalen kämpft unter dem farblosen und beinahe unbekanntem Robert Fabre auf der Seite der Kommunisten und Sozialisten.*<sup>36</sup> Wer die *linken Radikalen* sind, was sie wollen, warum sie sich der Linksunion angeschlossen haben und welche Bedeutung sie für den Wahlausgang haben werden, untersucht er jedoch nicht. Dabei zeigen die Ergebnisse der Meinungsumfragen deutlich, daß es gerade auf ihre Stimmen ankommt, d. h. daß die Linksunion nur siegen kann, wenn es ihr über die Linksliberalen gelingt, einen Teil der Wähler der politischen und soziologischen Mitte an sich zu ziehen.

### 2.3.4. Das Gemeinsame Programm der Linksunion

Während die liberale Presse die Wahlziele und -forderungen der Rechten kaum erwähnt, beschäftigt sie sich eingehend mit dem *Gemeinsamen Programm* der Linken und unterzieht es mit Ausnahme der »Frankfurter Rundschau« einer kritischen Analyse. Der »Spiegel« bezeichnet es als *einen Katalog voll abgestandener wirtschaftlicher Forderungen vor allem nach Sozialisierung,*<sup>37</sup> und Klaus-Peter Schmid schreibt in der »Zeit«: *Was die sozialistisch-kommunistische Allianz ›Demokratisierung und Ausweitung des öffentlichen Sektors‹ getauft hat, erscheint nicht nur den politisch Konservativen im Lande eher als äußerst kostspieliges Prestigeunternehmen denn als sinnvolles Programm. Schon heute fragt man sich in Paris, wer die Rechnung bezahlen soll. Daß sie sehr teuer ausfallen müßte, daran gibt es keinen Zweifel – auch wenn die angekündigten Maßnahmen über Jahre verteilt würden.*<sup>38</sup>

Schmid hält das Verstaatlichungsprogramm der Linken jedoch nicht nur für kostspielig, sondern auch für unsozial, denn er ist überzeugt, daß die Rechnung für seine Verwirklichung letztlich von den *kleinen Steuerzahlern* beglichen werden müßte, weil sich durch die vorgesehenen Steuererhöhungen und Einsparungen nur ein Teil der Gelder aufbringen läßt, die für die Entschädigung der Aktionäre der zu verstaatlichenden Unternehmen benötigt werden. Nutzen würden die Verstaatlichungen allein dem Ausland, denn *während der kleine Steuerzahler . . . gehörig zur Kas-*

<sup>36</sup> A. GROSSER, Die Trümpfe der Gaullisten, Die Zeit, 16. 2. 73, S. 8.

<sup>37</sup> Spiegel, 9/73 (26. 2. 73), Es reicht, S. 69–73.

<sup>38</sup> K. P. SCHMID, Angst vor der ›Roten Liste‹, Die Zeit, 2. 2. 73, S. 25.

se gebeten werden müßte, würden die entschädigten Aktionäre ihre flüssigen Mittel vermutlich im Ausland anlegen.<sup>39</sup>

Auch die im *Gemeinsamen Programm* von der Linken vorgesehenen steuer- und finanzpolitischen Maßnahmen hält Schmid für unsinnig und letztlich für unsozial. Die Erhöhung der Steuersätze für Großverdiener, die Verringerung der Ausgaben für Verteidigung und die Kürzung der Subventionen für die Großindustrie würden zwar die Steuereinnahmen erhöhen bzw. die Staatsausgaben verringern, aber sie würden durch den plötzlichen Geldentzug in den betroffenen Industriezweigen Arbeitsplätze gefährden. Die Vermehrung der staatlichen Sozialleistungen würde eine riesige Ausgabenlawine auslösen, die einen starken Inflationsschub zur Folge hätte. Unter der Inflation aber müssen alle leiden. Eine Verwirklichung der wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen der Linken, so läßt sich aus Schmid's Ausführungen folgern, würde die französische Wirtschaft und den französischen Steuerzahler schwer belasten, den französischen Arbeitern und Angestellten aber keine greifbaren Vorteile bringen.<sup>40</sup>

Karl Jetter kritisiert die wirtschafts- und sozialpolitischen Passagen des *Gemeinsamen Programms* in der »FAZ« mit den gleichen Argumenten wie Klaus-Peter Schmid in der »Zeit«. *Die Rechnung für das, was die Linke außer jeder Verantwortung verspricht, geht ins Astronomische*, verkündet er und kommt daher wie Schmid zu dem Schluß: Die Verwirklichung des *Gemeinsamen Programms* würde die französische Wirtschaft ruinieren.<sup>41</sup>

Lutz Krusche meint dagegen in der »Frankfurter Rundschau«, *an dem Gemeinsamen Programm gibt es kaum etwas, was breite Wählermassen abstoßen könnte*. Ferner ist er überzeugt, daß es im Falle eines Wahlsieges der Linken nur teilweise verwirklicht werden würde, weil die Linke ähnlich wie die britische Labour-Party nach ihrem Wahlsieg gezwungen wäre, ihre großartigen Pläne den Sachzwängen der rauen Wirklichkeit anzupassen. Er beschäftigt sich daher nicht ausführlich mit dem »*Gemeinsamen Programm*«, sondern beschränkt sich darauf, dessen wesentlichen Punkte kommentarlos aufzuzählen.<sup>42</sup>

<sup>39</sup> Ebda.

<sup>40</sup> Ebda.

<sup>41</sup> K. JETTER, Verlockung zur Volksrepublik, FAZ, 2. 3. 73, S. 3.

<sup>42</sup> L. KRUSCHE, Marchais und Mitterand erschrecken niemanden mehr, FR, 24. 2. 73, S. 3.

### 3. Die Akteure

Obwohl die Parteien im Wahlkampf die entscheidende Rolle spielen, personalisiert ihn die liberale Presse sehr stark, um ihren Lesern das Verständnis der französischen Politik zu erleichtern.<sup>43</sup> Im Mittelpunkt ihrer personenbezogenen Berichterstattung stehen eindeutig Giscard d'Estaing und François Mitterrand. Sie verkörpern die beiden Lager, die sich im Wahlkampf gegenüberstehen. Georges Pompidou nimmt eine Sonderstellung ein, die aus seiner Doppelrolle als Staatspräsident und Chef der präsidentiellen Mehrheit resultiert. Von ihm wird sowohl im Zusammenhang mit der Verfassung als auch im Zusammenhang mit der Mehrheit berichtet. Georges Marchais zieht dagegen weit weniger die Aufmerksamkeit auf sich. Die Spitzenpolitiker der übrigen Parteien, Chaban-Delmas, Messmer, Lecanuet, Servan-Schreiber, Robert Fabre werden kaum erwähnt. Das Bild der französischen Innenpolitik, das die liberale Presse durch ihre Berichterstattung über die führenden Politiker vermittelt, entspricht somit nicht dem Bild, das sie durch ihre Berichterstattung über die Parteien zeigt. Dies wird besonders bei einem Vergleich der Berichterstattung über die Parteien und die Personen der Rechten deutlich. Bei den Parteien erscheint die gaullistische UDR eindeutig als die führende Kraft, bei den Personen dagegen der Nichtgaullist Giscard d'Estaing. Aber auch bei der Berichterstattung über die Linke sind die Gewichte ungleichmäßig verteilt. Die Berichte über François Mitterrand nehmen weit mehr Platz ein als die über seine Partei, die PS, während Georges Marchais weniger Beachtung findet als die KPF. Lediglich bei der Berichterstattung über die Mitte sind die Gewichte zwischen Parteien und Persönlichkeiten ungefähr gleichmäßig verteilt.

#### 3.1. Georges Pompidou

Die liberalen Korrespondenten berichten besonders über das Selbstverständnis und die Rolle Pompidous. *Der Staatspräsident versteht sich als der direkt vom Volk gewählte Vertreter eines bürgerlich-konservativen politischen Programms und als Bewahrer einer ebenfalls vom Volk beschlossenen Verfassung*, meint L. Krusche in der »Frankfurter Rundschau«. Er sieht heute seine Politik *in entscheidenden Punkten durch die Sozialisten und Kommunisten gefährdet*. Deshalb greift er direkt in den Wahlkampf zugunsten der Regierungsparteien ein und lehnt es kategorisch ab, im Falle eines Wahlsieges der Linken mit der linken Parlaments-

<sup>43</sup> Mit diesem Argument begründeten alle befragten Frankreichkorrespondenten die Personalisierung der Politik in ihrer Berichterstattung.

mehrheit zusammenzuarbeiten. *Der von Mitterrand mit gefährlichem Sanftmut dargebotene Vorschlag, der konservative Staatspräsident könne mit einem kommunistisch und sozialistisch dominierten Kabinett bis zum Ablauf seiner Amtszeit weiter regieren*, erscheint Krusche daher politisch absurd. Die fundamentalen soziologischen und ideologischen Gegensätze in den Vorstellungen Pompidous und des sozialistisch-kommunistischen Bündnisses von der Politik und der Gesellschaft, so begründet Krusche seine These, *schließen eine Zusammenarbeit schlechthin aus. Es sei denn*, schränkt Krusche seine These ein, *der Präsident ließe sich weitgehend entmachten*. Damit ist jedoch nicht zu rechnen. *Pompidou will . . . unter keinen Umständen Abstriche an den Rechten vornehmen lassen, die ihm die Verfassung gewährt, und an dem Mandat, das ihm das Volk bis 1976 aufgetragen hat.*<sup>44</sup>

Alfred Grosser in der »Zeit«<sup>45</sup> und Herbert Kaufmann in der »FAZ« vertreten die gleiche Ansicht.<sup>46</sup> Auch sie sind der Meinung, daß Pompidou im Falle eines Wahlsieges der Linken nicht bereit sein wird, einen Repräsentanten der Linksunion zum Premierminister zu ernennen, weil er sich nicht nur als formelles Staatsoberhaupt, sondern auch als Chef der präsidentiellen Mehrheit versteht. Sie berufen sich dabei auf Pompidous Fernsehansprache vom 8. Februar 73.

Lutz Krusche kritisiert in der »Frankfurter Rundschau« Pompidous Parteinahme für die Regierungsparteien. Er äußert jedoch gleichzeitig die Überzeugung, daß Pompidou gar keine andere Wahl hatte. *Die letzten Meinungsumfragen*, so argumentiert er, *verbieten es ihm, sich bei dieser Wahl auf die durch Skandale ramponierte, ohne klares Programm arbeitende, schonungslos agitierende und nur schlaff organisierte Gaullisten-Partei zu verlassen.*<sup>47</sup> Die von allen liberalen Kommentatoren konstatierte *Krise des Gaullismus* zwingt ihn also dazu, direkt in den Wahlkampf einzugreifen und der Linken den *Fehdehandschuh* hinzuwerfen.<sup>48</sup>

### 3.2. Giscard d'Estaing

Als den eigentlichen Führer der Regierungsparteien im Wahlkampf betrachtet die liberale Presse jedoch nicht den Gaullisten Pompidou, sondern den Nichtgaullisten Giscard d'Estaing, den Vorsitzenden der Un-

<sup>44</sup> L. KRUSCHE, Die Verfassung im Wahlkampf, FR, 16. 2. 73, S. 3.

<sup>45</sup> A. GROSSER, Hürden für die Linke, Die Zeit, 9. 2. 73, S. 8.

<sup>46</sup> H. KAUFMANN, Die persönlichen Verdienste der Kandidaten mitentscheidend, FAZ, 2. 3. 73, S. 4.

<sup>47</sup> L. KRUSCHE, Die Verfassung im Wahlkampf, FR, 16. 2. 73, S. 3.

<sup>48</sup> L. KRUSCHE, Pompidou wirft den Fehdehandschuh hin, FR, 10. 2. 73, S. 3.

abhängigen Republikaner.<sup>49</sup> Josef Müller-Marein bezeichnet ihn in der »Zeit« als *Zahlenkünstler mit Charme*, der es scheinbar mühelos fertig bringt, *vor dem Parlament klar, geistvoll und überzeugend Rechenschaftsberichte abzulegen, ohne eines Manuskripts zu bedürfen. Er zieht Zahlen, unangreifbare Zahlen und komplizierte Statistiken aus dem Gedächtnis hervor, wie Zauberer Tauben aus dem Zylinder, läßt sie fliegen, fängt sie auf, spielt mit ihnen.*<sup>50</sup>

Vor den Gefahren der Selbstüberschätzung, versichert Müller-Marein, *schützt den Superminister Giscard seine politische Gewandtheit und sein persönlicher Charme. Ihn unter Sportkameraden am Skihang zu sehen, ist ein Vergnügen. Und wenn er im Pullover vor seine Wähler tritt und eine Tagung des Parteivorstandes der Unabhängigen Republikaner . . . damit beendet, daß er auf seiner Ziehharmonika sehr musikalisch zum Tanz aufspielt, nachdem er als wegweisender Redner und überlegener, stets höflicher Debattierer geglänzt hat, dann hat diese Szene etwas Verführerisches, heiter Draufgängerisches, unpathetisch Direktes.*<sup>51</sup>

L. Krusche beschreibt in der »Frankfurter Rundschau« Giscard zwar nicht als Supermann wie Müller-Marein in der »Zeit«, wohl aber lobt auch er seine Intelligenz und sein taktisches Geschick. Immerhin hat er es verstanden, seine politische Karriere unter Edgar Faure 1955 in der IV. Republik zu beginnen und sie als Finanzminister de Gaulles 1962 in der V. Republik jahrelang fortzusetzen, ohne sich voll mit dem Gaullismus zu identifizieren. Das ist eine taktische Leistung, der auch der sonst kritische Krusche seine Anerkennung nicht versagt.<sup>52</sup>

Alfred Grosser erkennt ebenfalls die Intelligenz und Gewandtheit Giscard an, weist jedoch in der »Zeit« vor allem auf den politischen Ehrgeiz des Finanzministers hin. *Giscard, so behauptet er, möchte gern Präsident der Republik werden. Er würde auch den Posten des Premiers annehmen, wenn Pompidou ihn ihm anbieten würde. Denn das könnte ein schönes Sprungbrett zur Präsidentschaftskandidatur sein. Um aber sein Traumziel erreichen zu können, gibt Grosser zu bedenken, braucht er die Unterstützung der Gaullisten, von denen er sich zugleich genügend distanzieren muß, um an ihrem Niedergang nicht teilzunehmen. Grosser ist jedoch überzeugt, daß Giscard dies gelingt, denn er schließt seine Betrachtungen mit dem Satz: Ein schwieriger Seiltanz, den der brillante,*

<sup>49</sup> L. KRUSCHE, Die Gaullisten setzen auf die Frauen und das Wahlgesetz, Fr, 26. 2. 73, S. 3.

<sup>50</sup> Josef MÜLLER-MAREIN, Frankreichs Superminister: Ein Zahlenkünstler mit Charme, Die Zeit, 16. 2. 73, S. 2.

<sup>51</sup> Ebda.

<sup>52</sup> L. KRUSCHE, Die Gaullisten setzen auf die Frauen und das Wahlgesetz, FR, 26. 2. 73, S. 3.

*geachtete Wirtschafts- und Finanzminister mit bestechendem Geschick vollführt.*<sup>53</sup>

### 3.3. Messmer, Chaban-Delmas

Die führenden Politiker der Gaullisten werden kaum oder gar nicht erwähnt. Über Premierminister Messmer schreibt Lutz Krusche in der »Frankfurter Rundschau«, er *ist farblos und verbreitet in Versammlungen eher Langeweile als Kampfesstimmung*,<sup>54</sup> und von Chaban-Delmas, dem Vorgänger Messmers, berichtet er lediglich, daß er als Premierminister *liberal und populär* war.<sup>55</sup> Die übrigen Spitzenpolitiker des Gaullismus – Michel Debré, Couve de Murville, Sanguinetti – tauchen in der Berichterstattung der liberalen Presse überhaupt nicht auf. Der Gaullismus erscheint so als eine Bewegung ohne starke Persönlichkeiten, wenn man von Pompidou einmal absieht.

### 3.4. François Mitterrand

Über Giscard d'Estaings Gegenspieler auf der Linken, François Mitterrand, berichtet die liberale Presse dagegen ausführlich. An ihm scheiden sich allerdings auch die Geister. Lutz Krusche von der »Frankfurter Rundschau« hält ihn für *die eindruckvollste, am sichersten wirkende und brillianteste Erscheinung in diesem Wahlkampf*.<sup>56</sup> Alfred Grosser meint dagegen in der »Zeit«, Mitterrand ist *umstritten, ehrgeizig, selbstbewußt, ein Fernsehstar*.<sup>57</sup> Und Herbert Kaufmann schreibt in der »FAZ«: *Sein Gespür für günstige Gelegenheiten ist sprichwörtlich. Elfmal war er Minister der IV. Republik. Er ist überzeugt, daß er es wieder sein wird*.<sup>58</sup> Auch die Erfolgsaussichten Mitterrands werden von den liberalen Kommentatoren unterschiedlich beurteilt. Während Herbert Kaufmann von der »FAZ« glaubt, *niemals seit 1958 hat es eine so günstige Konstellation wie diesmal für ihn gegeben. Eine warme Woge von Sympathie trägt ihn in diesen Februartagen in die Spitzengruppe jener Politiker, die das Erbe de Gaulles anzutreten hoffen*,<sup>59</sup> urteilt Alfred Grosser in der »Zeit«: *Mitterrand spielt hoch, denn die Gefahren sind groß. Er kann leicht innerhalb einer siegreichen Linken von den Kommunisten überspielt und erdrückt, oder nach der Niederlage von seiner eigenen Partei ausgeschaltet*

<sup>53</sup> A. GROSSER, Die Trümpfe der Gaullisten, Die Zeit, 16. 2. 73, S. 8.

<sup>54</sup> L. KRUSCHE, Pompidou wirft den Fehdehandschuh hin, FR, 10. 2. 73, S. 2.

<sup>55</sup> Ebda.

<sup>56</sup> Ders., FR, 20. 2. 73, S. 3.

<sup>57</sup> A. GROSSER, Die Trümpfe der Gaullisten, Die Zeit, 16. 2. 73, S. 8.

<sup>58</sup> H. KAUFMANN, Scheintod und Auferstehung der Sozialisten, FAZ, 23. 2. 73, S. 2.

<sup>59</sup> Ebda.

werden . . . Aber der mögliche Gewinn ist noch größer, er hat die Chance, die Sozialistische Partei der Kommunistischen Partei zumindest ebenbürtig zu machen.<sup>60</sup> Karl Jetter von der »FAZ« nimmt das Fernsehduell zwischen Giscard und Mitterrand vom 16. Februar 73 zum Anlaß, um beide Politiker miteinander zu vergleichen. *Giscard d'Estaing*, urteilt er, zeigte sich (bei der Erläuterung seiner politischen Vorstellungen) noch europäischer, liberaler und vor allem sozialreformerischer als schon bisher. Sein sozialistischer Gegenspieler, François Mitterrand, präsentierte Frankreichs neue Volksfront als eine Art humanistische Sozialdemokratie, die zu Europa steht und das Wirtschaftswachstum vor allem in den Dienst größerer sozialer Gerechtigkeit stellen will. Beide Politiker haben in der Debatte gezeigt, daß politische Gegner selbst kurz vor der Wahlentscheidung die brennenden Fragen eines Regimewechsels sachlich, fair und sogar mit Humor auszutragen vermögen. Beide Männer streben die gleichen Ziele an, aber mit anderen Methoden. Giscard geht es im Grunde ebenso wie Mitterrand darum, der französischen Gesellschaft einen dauernden wirtschaftlichen, sozialen und institutionellen Fortschritt im Rahmen eines bestimmten Humanismus zu sichern. Was sich der eine von liberalen Lösungen erhofft, verspricht sich Mitterrand von kollektiven Einrichtungen! Beide, so fährt Jetter fort, berufen sich auf eine große geistige Verwandtschaft mit den Sozialdemokraten der Bundesrepublik und den Sozialisten in Schweden. *Giscard d'Estaing* bedauert geradezu, daß sich Mitterrand mit den Kommunisten auf ein fünfjähriges Regierungsprogramm eingelassen hat, denn er hält eine Zusammenarbeit mit ihm für möglich, wenn er sich von den Kommunisten lösen und dem Beispiel der Sozialistischen Partei Schwedens folgen würde. Dann gäbe es nämlich zwischen beiden Politikern nur eine Debatte darüber, ob mehr direkte Steuern und weniger indirekte Steuern erhoben werden sollen, ob mehr oder weniger verstaatlicht werden soll.<sup>61</sup>

### 3.5. Georges Marchais

Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Georges Marchais, zog weder in positiver noch in negativer Hinsicht die Aufmerksamkeit der liberalen Journalisten so sehr auf sich wie Giscard d'Estaing oder François Mitterrand. Das mag daran gelegen haben, daß sich Marchais im Wahlkampf bewußt zurückhielt, um den Eindruck zu verstärken, daß nicht er, sondern Mitterrand der eigentliche Führer der Linksunion sei. Es kann aber auch eine Folge seiner geringen Anziehungskraft auf liberale Intellektuelle sein. So schreibt Alfred Grosser in der »Zeit«. *Es ist zwar*

<sup>60</sup> A. GROSSER, Die Trümpfe der Gaullisten, Die Zeit, 16. 2. 73, S. 8.

<sup>61</sup> K. JETTER, Wollen die Franzosen ihre Gesellschaft verändern, FAZ, 17. 2. 73, S. 3.

gelungen, das etwas finstere Gesicht des neuen Generalsekretärs Georges Marchais aufzuhellen und ihm das ›Image‹ eines besonnenen, freundlichen, aufgeschlossenen Staatsmanns aufzubauen, aber neben dem Sozialisten François Mitterrand wirkt er immer noch etwas farblos.<sup>62</sup>

### 3.6. Lecanuet, Servan-Schreiber

Das Urteil über die beiden Spitzenpolitiker der Reformatoren, Jean Lecanuet und Jean-Jacques Servan-Schreiber, schwankt bei den einzelnen Kommentatoren erheblich. Herbert Kaufmann bezeichnet beide in der »FAZ« als *dynamische Politiker*, die *soziale, wirtschaftliche und politische Reformen* wollen.<sup>63</sup> Lutz Krusche meint dagegen in der »Frankfurter Rundschau«, Lecanuet will lediglich Minister werden und hat sich und seine Partei deshalb zum *Wurmfortsatz der Regierungsparteien* gemacht und Servan-Schreiber schwankt noch immer zwischen den Regierungsparteien und der Opposition. *Nachdem er . . . wochenlang das Linksbündnis zum Watschenmann seiner Wahlkampagne gemacht und deutliche Tendenzen zu einer Annäherung an die bisherige Regierung gezeigt hatte . . . erinnert er sich plötzlich der ersten Stunde der Reformbewegung und sagt: Die Gefahr besteht in der Fortsetzung der gaullistischen Politik.*<sup>64</sup> Lutz Krusche glaubt jedoch nicht, daß sich der wankelmütige Servan-Schreiber der Linksunion anschließen werde. Vielmehr erwartet er, daß sich der Vorsitzende der Radikalen Partei nach den Wahlen wie sein christlich-demokratischer Verbündeter, Jean Lecanuet, der Regierungsmehrheit anschließen wird, falls diese auf seine Unterstützung angewiesen ist.<sup>65</sup>

## 4. Das Konfliktpotential

### 4.1. Verfassungskonflikt

Sämtliche liberalen Kommentatoren des Wahlkampfes sind der Meinung, ein Wahlsieg der Linken führt zu einem Verfassungskonflikt, da Staatspräsident Pompidou bereits angekündigt hat, er werde auf keinen Fall einen Repräsentanten der Linksunion zum Premierminister ernennen.<sup>66</sup>

<sup>62</sup> A. GROSSER, Die Trümpfe der Gaullisten, Die Zeit, 16. 2. 73, S. 8.

<sup>63</sup> H. KAUFMANN, Frankreichs Mitte steht für demokratische Reformen, FAZ, 27. 2. 73, S. 2.

<sup>64</sup> L. KRUSCHE, Frankreichs Reformer gerieten zwischen alle Stühle, FR, 10. 3. 73, S. 3.

<sup>65</sup> L. KRUSCHE, Die Gaullisten setzen auf die Frauen und das Wahlgesetz, FR, 26. 2. 73, S. 3.

<sup>66</sup> N. BENCKISER, Blick auf Frankreich, FAZ, 24. 2. 73, S. 1; L. KRUSCHE, Pompidou wirft den Fehdehandschuh hin, FR, 10. 2. 73, S. 3; Th. SOMMER, Die letzten Tage des Gaullismus?, Die Zeit, 2. 3. 73, S. 1.

Ein Verfassungskonflikt, schreibt Nikolas Benckiser besorgt in der »FAZ«, kann an die Grundfesten des Staates gehen.<sup>67</sup> Theo Sommer vertritt in der »Zeit« die gleiche Ansicht, denn, so argumentiert er, das Grundgesetz der Fünften Republik ist in seiner widersprüchlichen Vagheit ungeeignet, mit einer solchen Situation fertig zu werden. Artikel 8 räumt dem Staatspräsidenten die alleinige Kompetenz ein, den Premierminister zu ernennen, Artikel 3 hingegen stellt fest, die nationale Souveränität liegt beim Volk, das sie durch seine Abgeordneten ausübt. Wenn sich nun Pompidou weigert, einen Vertreter der linken Parlamentsmehrheit zum Premierminister zu ernennen, gäbe dies einen Prinzipienstreit, der mit Sicherheit nicht vor Gerichten, sondern auf Straßen und Plätzen ausgetragen würde.<sup>68</sup> Auch die übrigen liberalen Kommentatoren fürchten soziale und politische Unruhen im Falle eines Verfassungskonflikts.<sup>69</sup>

Die Möglichkeit eines Verfassungskonflikts im Falle eines Wahlsieges der Linken veranlaßt die liberale Presse, sich ausführlich mit der Verfassung, besonders mit der Stellung des Staatspräsidenten im Verfassungssystem, auseinanderzusetzen. Die Verfassung der V. Republik, schreibt Lutz Krusche in der »Frankfurter Rundschau«, stattet den Staatspräsidenten mit einer für westliche Demokratien beispiellosen Machtfülle aus, die, rücksichts- und kompromißlos genutzt, der Demokratie schädlich sein könnte. Worin besteht nun diese Machtfülle? Krusche beschreibt sie folgendermaßen: Der Präsident bestimmt über die Innen- und Außenpolitik, er beruft und entläßt den Premierminister, ohne das Parlament zu fragen. Er kann sich über die Nationalversammlung hinweg mit Hilfe des Referendums direkt durch das Volk bestätigen lassen. Er darf – gestützt auf den expansiv auslegbaren Artikel 16 der Verfassung – das Parlament auflösen. Der französische Zentralismus erlaubt es ihm, selbst in die Lokalpolitik hineinzuregieren.<sup>70</sup>

Alfred Grosser untersucht in der »Zeit« das Verhältnis von Staatspräsident und Premierminister. Obwohl die Artikel 20 und 21 der französischen Verfassung lauten: »Die Regierung bestimmt und leitet die Politik der Nation. Der Premier leitet die Tätigkeit der Regierung«, ist der Premierminister eindeutig vom Staatspräsidenten abhängig. Diese Lage, so fährt Grosser fort, hat sich seit dem Amtsantritt Pompidous 1969 noch weiter zu Gunsten des Präsidenten verändert. Die Macht liegt im Elysée-Palast, beim Präsidenten: ihm dient der Premier als treuer Adjudant – solange der Herrscher ihn behält. Dies konnte sich freilich nur so entwikk-

<sup>67</sup> N. BENCKISER, Blick auf Frankreich, FAZ, 24. 2. 73, S. 1.

<sup>68</sup> Th. SOMMER, Die letzten Tage des Gaullismus?, Die Zeit, 2. 3. 73, S. 1.

<sup>69</sup> H. KAUFMANN, Die persönlichen Verdienste der Kandidaten mitentscheidend, FAZ, 2. 3. 73, S. 4.

<sup>70</sup> L. KRUSCHE, Die Verfassung im Wahlkampf, FR, 16. 2. 73, S. 3.

keln, erläutert Grosser, weil nach den Wahlen von 1968 eine überwältigende Mehrheit von »Gaullisten« in die Nationalversammlung eingezogen war – Abgeordnete, die einer Partei angehören, die nur zu dem einen Zweck gegründet worden war: den Präsidenten und seine Politik treu zu unterstützen.<sup>71</sup>

Herbert Kaufmann geht in der »FAZ« auf die verschiedenen Möglichkeiten ein, die die Verfassung dem Präsidenten im Falle eines Konfliktes mit der Parlamentsmehrheit einräumt: Auflösung, Neuwahlen, Volksentscheid, Rücktritt. Keine dieser Möglichkeiten ist recht befriedigend, da jeder Ausweg die legitime Willensbildung der Franzosen vom 11. März in Frage stellt. Die Auflösung und Neuwahl der Nationalversammlung, meint Kaufmann, hat . . . nur Sinn, wenn der Präsident hoffen könnte, auf diese Weise eine Majorität nach seinen Wünschen zusammenzubringen. Das dürfte nicht gerade leicht unter den dann gegebenen Umständen sein. Ein Volksentscheid, so fährt er fort, ist zwar theoretisch denkbar, praktisch aber wohl kaum durchführbar, weil ihm beide Kammern des Parlaments zustimmen müssen. Folglich bleibt nur der Rücktritt und die Neuwahl des Präsidenten. Es ist denkbar, meint Kaufmann, daß der Präsident aus dieser Wahl politisch gestärkt hervorgeht. Die Auflösung der Nationalversammlung und Neuwahlen wären dann die logische Folge, um das bestehende Problem zu lösen. Aber die Frage ist, ob so viele Wahlen hintereinander nicht das Gegenteil von dem bewirken, was der Präsident zu erreichen hofft.<sup>72</sup> Ob Herbert Kaufmann an die deutschen Erfahrungen mit häufigen Wahlen in der Endphase der Weimarer Republik dachte, als er diesen Satz niederschrieb, läßt sich nicht mehr feststellen. Aber möglich wäre es schon, denn er gehört(e) noch zu jener Generation deutscher Frankreichkorrespondenten, die diese Erfahrungen zwar selbst nicht mehr direkt gemacht haben, wohl aber durch ihre Folgen geprägt worden sind.<sup>73</sup>

Als einziger Kommentator des französischen Wahlgeschehens setzt sich Lutz Krusche in der »Frankfurter Rundschau« mit der in Frankreich heftig umstrittenen Frage auseinander, ob die politische Stabilität Frankreichs primär durch den zügellosen Machtkampf der Parteien oder durch die verfassungsrechtliche Machtfülle des Präsidenten gefährdet sei. Dabei kommt er zu dem Schluß: Nicht das Gegeneinander der diversen Parteien, sondern Mängel der Verfassung bergen Krisenstoff für ein politisch stabiles Land in sich. Denn die Konstitution gibt dem Präsidenten die Mög-

<sup>71</sup> A. GROSSER, Hürden für die Linke, Die Zeit, 9. 2. 73, S. 8.

<sup>72</sup> H. KAUFMANN, Die persönlichen Verdienste der Kandidaten mitentscheidend, FAZ, 2. 3. 73, S. 4.

<sup>73</sup> H. KAUFMANN ist am 24. 8. 1920 in Köln geboren.

lichkeit, den durch Parlamentswahlen demokratisch geäußerten Wählerwillen nach einer neuen Politik zurückzuweisen. Mit sieben Jahren bemißt sie außerdem seine Amtszeit so lange, daß dem Wähler die Möglichkeit genommen wird, in einem der rasanten innen- und außenpolitischen Entwicklungen einigermaßen angepaßten Rhythmus seinen Willen neu zu äußern und Änderungen tatsächlich herbeizuführen.<sup>74</sup>

Krusches Urteil beruht auf der liberalen Konflikttheorie und der idealisierten Praxis des britischen Parlamentarismus, die er während seiner Tätigkeit in London kennengelernt hatte. Es berücksichtigt jedoch nicht die Tatsache, daß in Frankreich die gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen für das Funktionieren der liberalen Parteiendemokratie fehlen, wie die IV. Republik hinlänglich bewiesen hat.<sup>75</sup> An ihm wird erneut deutlich, daß die liberalen Kommentatoren, besonders aber Krusche, ihre aus der deutschen und anglo-amerikanischen Welt stammenden Vorstellungen ziemlich unkritisch auf Frankreich übertragen.

#### 4.2. Bedrohung der liberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung

Mit Ausnahme der »Frankfurter Rundschau« sieht die liberale Presse in einem Wahlsieg der Linken nicht nur eine Gefahr für die staatliche, sondern auch für die gesellschaftliche Ordnung Frankreichs. *Eine sozialistisch-kommunistische Machtergreifung*, schreibt Nikolas Benckiser in der »FAZ«, *öffnet . . . den Weg zu einer auf gesellschaftliche Veränderungen zielende dirigistische Wirtschaftspolitik*,<sup>76</sup> und Klaus-Peter Schmid bemerkt in der »Zeit«: *Ein Erfolg von Kommunisten und Sozialisten brächte . . . für Frankreichs Wirtschaft Umwälzungen, wie sie die Franzosen seit 1945 nicht mehr erlebt haben*.<sup>77</sup>

Aber auch eine Niederlage der Linken hätte für die französische Wirtschaft verhängnisvolle Folgen, meint Karl Jetter in der »FAZ«, *denn dann explodiert der gewerkschaftliche Kampfwille, der seit Monaten nur mühsam gebändigt wurde. Die Arbeiter werden im Klassenkampf erzwingen, was ihnen im politischen Kampf nur knapp vorenthalten worden ist*.<sup>78</sup>

Die Gefahr eines Wahlsieges der Linken und die Drohung der Gewerkschaften mit dem Generalstreik, schreibt Karl Jetter an anderer Stelle in der »FAZ«, haben die Regierungsparteien veranlaßt, *in einem Anfall von*

<sup>74</sup> L. KRUSCHE, Die Verfassung im Wahlkampf, FR, 16. 2. 73, S. 3.

<sup>75</sup> Dies wird auch von den übrigen liberalen Kritikern des Verfassungssystems der V. Republik ständig übersehen. L. KRUSCHE ist somit kein Einzelfall, sondern im Gegenteil repräsentativ für die liberale Presse!

<sup>76</sup> N. BENCKISER, Blick auf Frankreich, FAZ, 24. 2. 73, S. 1.

<sup>77</sup> K. P. SCHMID, Angst vor der »Roten Liste«, Die Zeit, 2. 2. 73, S. 25.

<sup>78</sup> K. JETTER, Verlockung zur Volksrepublik, FAZ, 2. 3. 73, S. 3.

*Angst und Torschlußpanik . . . einen Teil des Linksprogramms zu übernehmen. Sie wollen zwar nicht die Schlüsselindustrien verstaatlichen, aber ebenfalls die Sozialleistungen des Staates und der Unternehmen großzügig erhöhen. Frankreich, resümiert Jetter, steht so vor der fürchterlichen Alternative, seine liberale Wirtschaftsordnung sozial auszubauen oder aber mit der marxistischen Linken die Verwandlung Frankreichs in ein sozialistische Paradies zu versuchen.<sup>79</sup>*

#### 4.3. Gefahren für die Sicherheit des Westens

Die Kommentatoren der »FAZ« und der »Zeit« fürchten neben den verfassungs- und wirtschaftspolitischen Folgen eines Wahlsieges der Linken außerdem auch ihre außen- und sicherheitspolitischen Konsequenzen. So schreibt Theo Sommer in der »Zeit«: die Bundesrepublik könnte nach einem Sieg der Linken *zwischen der kommunistischen DDR und einem kommunistisch mitregierten Frankreich in eine unangenehme Klemme geraten. Nicht, daß wir die Möglichkeit einer kommunistischen Regierungsbeteiligung bloß deshalb ausschließen dürfen, weil wir uns so etwas in der Bundesrepublik nicht vorstellen können*, erläutert er. *Vielmehr deshalb, weil sich die KPF trotz ihrer taktischen Annäherung an die Sozialdemokraten im Gegensatz zur KPI erst wenig gewandelt hat und weiterhin meist im Kielwasser Moskaus segelt.<sup>80</sup>*

Sommer vertritt ferner die Ansicht, daß ein Wahlsieg der Linken sich auch fatal auf Europa und das atlantische Bündnis auswirken werde: *fatal vor allem, wenn man hinter den Kompromißformeln (des Gemeinsamen Programms in der Europapolitik) die ablehnende Haltung der Kommunistischen Partei zur erweiterten und vertieften Gemeinschaft zu erkennen versteht, auch wenn der Sozialist Mitterrand dem Kommunisten Marchais auf seinem Weg des Nein nicht folgt. Und was die Sicherheitspolitik anbelangt, so widerspricht das Gemeinsame Programm allem, was derzeit vernünftig erscheint. Es verlangt die Auflösung der Bündnisse und fordert in Formulierungen, wie sie seit den Tagen Charles de Gaulles nicht mehr zu hören waren, daß Frankreich gegenüber allen politisch-militärischen Blöcken auf seine Unabhängigkeit bedacht sein müsse. Niemand, so schließt Theo Sommer seinen Kommentar, der Sicherheit – und auf ihrer Grundlage Entspannung – wünscht, kann diesen Programmpunkt ohne Beunruhigung zur Kenntnis nehmen.<sup>81</sup>*

Nikolas Benckiser spricht in der »FAZ« offen aus, was Theo Sommer in der »Zeit« nur andeutet. Eine sozialistisch-kommunistische Machter-

<sup>79</sup> Ebda.

<sup>80</sup> Th. SOMMER, Die letzten Tage des Gaullismus?, Die Zeit, 2. 3. 73, S. 1.

<sup>81</sup> Ebda.

greifung, so schreibt er sinngemäß, werde früher oder später zum Austritt Frankreichs aus der Atlantischen Allianz sowie der Europäischen Gemeinschaft und zur Anlehnung an die Sowjetunion führen, denn – so lautet seine Begründung – eine kollektivistische Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik im Inneren ist auf die Dauer unvereinbar mit der Zugehörigkeit zum Westen. Wie Sommer ist somit auch Benckiser überzeugt, daß ein Wahlsieg der Linken in Frankreich die Sicherheit der Bundesrepublik gefährden und das europäische Kräfteverhältnis zu Gunsten der Sowjetunion verschieben werde. *Von Moskau aus mag sich dann die Szene nach Art einer Dominotheorie ansehen, nach der die Steine einander zugunsten des Kremls umwerfen.*<sup>82</sup>

## 5 .Wahl- und Zukunftsprognosen

Aufgrund der Ergebnisse der zahlreichen Meinungsumfragen rechnet die liberale Presse mit bedeutenden Stimmengewinnen der Linken und mit erheblichen Stimmenverlusten der Rechten, besonders der Gaullisten. Am Vorabend des 1. Wahlganges vermutet Karl Jetter in der »FAZ«, die Linke könnte mit 45 Prozent der Stimmen rechnen, die Regierungsparteien dagegen nur mit 37 Prozent und die oppositionelle Mitte würde maximal 18 Prozent der Stimmen erhalten.<sup>83</sup> Ähnliche Prognosen veröffentlichen die übrigen liberalen Blätter.

### 5.1. Die Ursachen des Linkstrends

Für den Linkstrend in der Wählerschaft macht Karl Jetter in der »FAZ« *das demagogische Programm der Linken zusammen mit einer massiven Kritik an der Regierung* verantwortlich.<sup>84</sup> Die übrigen liberalen Kommentatoren des Wahlgeschehens sehen dagegen die Ursachen des Linkstrends in den Fehlern und Fehlgriffen der Regierung sowie in den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen Frankreichs.

*Das Europa-Referendum Pompidous*, schreibt der Spiegel, *mit dem der Staatschef ... sein Volk beleidigte*, war ein glatter Mißerfolg und schadete dadurch dem Prestige des Regimes. *Die exzessive Nutzung legaler Steuervorteile* durch Ex-Premierminister Chaban-Delmas diskreditierte moralisch die Regierung und die Ernennung des *gaullistischen Integristen Messmer* zum Premierminister war ein *Hohn auf die Öffnung*. Die Korruptionsfälle, die das ganze Jahr über enthüllt wurden, brachten die V. Re-

<sup>82</sup> N. BENCKISER, Blick auf Frankreich, FAZ, 24. 2. 73, S. 1.

<sup>83</sup> K. JETTER, Wachsende Wahlchancen der Linken, FAZ, 1. 3. 73, S. 3.

<sup>84</sup> Ebda.

publik in den Geruch des *affairisme* und diskreditierten sie daher ebenso wie die Steuermanipulationen Chaban-Delmas. *Die Skandale nämlich, wie auch das ungenierte Schalten des Staatschefs und seiner Mitarbeiter bestärkten viele Franzosen in dem ererbten Glauben, daß die Herrschenden tun, was sie wollen, daß Politiker Spitzbuben sind, daß der allgegenwärtige Staat sie nur schröpft.*<sup>85</sup>

Einen weiteren Grund für die Unzufriedenheit breiter Bevölkerungsschichten mit dem Regime sieht der »Spiegel« in dem selbstherrlichen Walten der Bürokratie. Diese, so meint er, *ruht . . . so wohlig in sich selbst, daß sie den Grundsatz, der Bürger sei für die Verwaltung da, weit ungenierter kultiviert als etwa die deutsche oder die britische Staatsdienerschaft.*<sup>86</sup> Sie bildet das eigentliche Erzübel Frankreichs. *Eine arrogante Beamtenkaste vom allmächtigen Pariser Polizeipräfekten bis zum Heer der Preiskommissare und Steuerkontrolleure sorgt sich um die Erhaltung des »ordre public«, verwaltet den Bürger, aber auch sich selbst und reglementiert gar das Schrubby der Conciergen in den Gebäuden des sozialen Wohnungsbaus . . .*<sup>87</sup>

Die Allmacht der Verwaltung dient in erster Linie der Herrschaftssicherung, denn *die Präfekten, Verwaltungschefs der 95 straff zentralisierten Departements, haben bei Wahlen vor allem dafür zu sorgen, daß die Regierung gewinnt.* Sie garantiert jedoch keineswegs Effizienz. *Verführt durch ihre präzise Sprache, fasziniert von enzyklopädischem Wissen, geformt von einer jahrhundertealten Kultur, verfallen Frankreichs Regierende immer wieder der Versuchung, die Architektur ihrer Gedanken mit der Wirklichkeit zu verwechseln.*<sup>88</sup>

Sie sind so stark in ihren Gedankenkonstruktionen befangen, daß sie ihre Abgeschlossenheit nicht mehr wahrnehmen. *Sie trösten ihre Untertanen damit, daß kaum eine Gesellschaft so reich sei wie die französische, daß die Wachstumsraten der französischen Wirtschaft die größten aller Industrienationen mit Ausnahme Japans sind.* Sie verschweigen jedoch, daß der Reichtum schlecht verteilt ist. *Die Großbourgeoisie, noch unter Napoleon aufgestiegen, lebt im Fin-de-siècle-Pomp . . . zwei Millionen Arbeiter verdienen weniger als 650 Mark im Monat.* Hinzu kommt, daß *Arbeitgeber und Gewerkschafter, Kapitalisten und Proletarier, Regierende und Regierte . . . sich einander unversöhnlicher gegenüberstehen als anderswo. Frankreich ist noch immer ein Land der Kasten und es ist, als hätte es die Revolution nie gegeben.*<sup>89</sup>

<sup>85</sup> Spiegel, 9/73 (26. 2. 73), Es reicht, S. 72.

<sup>86</sup> Ebda.

<sup>87</sup> Ebda.

<sup>88</sup> Ebda.

<sup>89</sup> Ebda.

Für die sozialen Disparitäten der französischen Gesellschaft hat auch der »Spiegel« eine griffige Erklärung. *Die verschiedenen französischen Revolutionen, behauptet er kühn, wurden von ihren Urhebern . . . vor allem erfolgreich exportiert, daheim praktiziert werden sie nicht. Sie endeten regelmäßig im Bonapartismus und stabilisierten die Herrschaft der Bourgeois und Bürokraten.*<sup>90</sup>

Theo Sommer von der »Zeit« sieht die wichtigste Ursache des Linkstrends ebenfalls in den sozialen Disparitäten der französischen Gesellschaft. Er erklärt sie jedoch mit dem Archaismus der sozio-ökonomischen Strukturen. *Frankreich, so behauptet er, ist noch immer ein erstaunlich archaisches Land. Seine Wachstumsrate ist hoch, aber sie wurde durch vergleichsweise niedrige Löhne und Gehälter finanziert. Die Einkommensschere zwischen unten und oben klappt westlich des Rheines weiter auseinander als östlich . . . Die Wirtschaft wächst zwar schnell, nicht aber die soziale Gerechtigkeit. Dies erklärt vielleicht den Flirt auch der Kleinbürger mit der Linken.*<sup>91</sup>

Im Gegensatz zum »Spiegel« vertritt Herbert Kaufmann in der »FAZ« die Ansicht, der Linkstrend in der Wählerschaft resultierte nicht aus dem Mißerfolg, sondern im Gegenteil aus dem Erfolg der staatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Leistungsbilanz der gaullistischen Regierungen seit 1958, schreibt er, ist *in vieler Hinsicht positiv und beeindruckend. Der in Zahlen ausgedrückte Fortschritt beim Bau von Schulen, Straßen und Sozialwohnungen, die wirtschaftlichen Wachstumsraten je Kopf der Bevölkerung, die Steigerung der Exporte liegen über dem Durchschnitt Westeuropas gemessen an der Situation von 1958. Die Arbeitslosenzahl ist nicht beunruhigend. Aber dieser unbestreitbare wirtschaftliche Fortschritt hat Konsequenzen, die sich negativ auf die Einstellung vieler Wähler zur Regierung auswirken. Die Abwanderung aus den Dörfern und die Bedrohung der Existenz der Kleingewerbetreibenden führen nicht denjenigen die Wählerstimmen zu, die diese notwendigen Veränderungen eingeleitet und betrieben haben, sondern ihren sozialistischen Gegnern. D. h., die erfolgreiche Modernisierungspolitik der Regierung stärkt nicht die Position der Regierungsparteien, sondern die der Opposition. Der Linkstrend wäre somit primär eine sozialpsychologische Konsequenz des Modernisierungsprozesses, nicht aber wie bei Theo Sommer eine Folge der strukturellen Rückständigkeit Frankreichs. Für diese These spricht das folgende Zitat: Die Reaktion vieler Franzosen auf die Veränderung ihrer Umwelt, die Verseuchung der Flüsse, die Fortnahme landwirtschaftlich genutzten Bodens zugunsten von Industrieprojekten,*

<sup>90</sup> Ebda.

<sup>91</sup> Th. SOMMER, Die letzten Tage des Gaullismus?, Die Zeit, 2. 3. 73, S. 1.

die Verpflanzung ganzer Bevölkerungsteile als Folge des Absterbens alter einheimischer Gewerbe, die zunehmende Hast des Lebensstils hinterlassen tiefe Eindrücke in der französischen Volksseele. Der Wahlkampf bringt diese vielen Verletzungen der überlieferten Mentalität zum Ausdruck. Das anezogene Mißtrauen gegenüber dem Staat lastet sie der Regierung als Schuld an. Vielen potentiellen Linkswählern sind die tieferliegenden Ursachen ihrer Protesthaltung jedoch nicht bewußt. Ihr Protest richtet sich daher nicht gegen die Konsequenzen des Modernisierungsprozesses, sondern gegen die *tausend kleinen Dinge des Alltags*, mit denen sie nicht einverstanden sind: die große Anzahl von Steuerskandalen und Immobilienschiebungen, den stündlichen Ärger mit den schlecht funktionierenden oder immer noch nicht angeschlossenen Telefonen, die nur spät und mühsam eingedämmte Steigerung der Preise, das Anwachsen der Kriminalität, die Ungleichheit des Besteuerungssystems.<sup>92</sup>

Lutz Krusche führt in der »Frankfurter Rundschau« den Linkstrend vor allem auf die Attraktivität des *Gemeinsamen Programms* und auf die nachlassende Furcht vor einer kommunistischen Regierungsbeteiligung zurück. Viele Wähler, meint er, sehen im *Gemeinsamen Programm* eine *Möglichkeit zur Reform*, aber nichts, was Krisendunst verströmt. Sie sind daher entschlossen, diesmal für die Linke zu stimmen. Trotz der erneuten Warnung der Regierungsparteien vor *der roten Flut* fürchten sie sich vor einer eventuellen Beteiligung der Kommunisten an der Regierung nicht. Die wichtigsten Gründe dafür sieht Krusche in der *Law-and-Order-Haltung* der Kommunisten seit Mai 68 und in der führenden Rolle Mitterrands und seiner sozialistischen Partei innerhalb der Linksunion. Beides erscheint vielen potentiellen Linkswählern, die soziale Reformen wollen, als eine Garantie für die demokratische Ausübung der Macht, falls die Linke gemeinsam die Regierung bilden sollte.<sup>93</sup>

### 5.2. Die Wahlchancen der Gaullisten

Trotz des spürbaren Linkstrends, den die Meinungsumfragen zeigen, rechnet die liberale Presse nicht mit einer Niederlage der Gaullisten. *Noch immer sind sie in den Augen von mehr als einem Drittel der Bevölkerung die Garanten der Ordnung. Noch immer wirkt sich zu ihren Gunsten ein Wahlsystem aus, das seine Wahlbezirke auf die Bedürfnisse einer breit im Lande verteilten gaullistischen Wählerschaft zugeschnitten hat. Noch immer befürchten viele, daß die Einführung einer sozialistischen Wirtschaft und die Verstaatlichung vieler Betriebe Frankreich von jenem Eu-*

<sup>92</sup> H. KAUFMANN, Die Wahlschlacht um die V. Republik hat begonnen, FAZ, 15. 2. 73, S. 2.

<sup>93</sup> L. KRUSCHE, Marchais und Mitterrand erschrecken niemand mehr, FR, 24. 2. 73, S. 3.

ropa absondern wird, auf das es angewiesen ist, argumentiert Herbert Kaufmann in der »FAZ«,<sup>94</sup> und Lutz Krusche meint in der »Frankfurter Rundschau«: *Die Drohung mit der Auflösung der Nationalversammlung im Falle eines Wahlsieges der Linken mag manchen unentschlossenen Wähler davon zurückhalten, die Unruhe verheißenden linken Parteien zu wählen.*<sup>95</sup>

Alfred Grosser vertritt in der »Zeit« die gleiche Ansicht. *Wenn der Wähler davon überzeugt wird, daß ein Sieg der Linken notwendigerweise eine Verfassungskrise oder mindestens lange Monate der politischen Verwirrung zur Folge hat, schreibt er, könnte er versucht sein, die jetzige Mehrheit beizubehalten, um der lieben Ruhe willen.*<sup>96</sup> Die Gaullisten können aber auch auf die Erfolge ihrer Wirtschafts- und Sozialarbeit hinweisen. *Trotz Inflation geht es der französischen Wirtschaft gut und den Franzosen nicht schlecht. Alle Propheten des Auslands verheißten Frankreich wirtschaftlichen Aufschwung, Wohlstand und einen Platz an der Spitze der europäischen Länder. Es ist im letzten Jahrzehnt wirklich viel geleistet worden, auch auf dem Gebiet der Sozialgesetzgebung. Dies wird sich positiv für die Gaullisten bei den Wahlen auswirken.*<sup>97</sup>

Ebenfalls positiv für die Gaullisten werde sich bei den Wahlen die überwiegend konservative Neigung der Frauen auswirken, meint ergänzend Lutz Krusche in der »Frankfurter Rundschau«. *Sollten dennoch die Gaullisten und ihre Verbündeten nicht die parlamentarische Mehrheit erringen, dann, dessen ist sich Krusche sicher, bleibt ihnen als Rettungsseil die Unterstützung der Reformatoren, die es seiner Meinung nach gar nicht abwarten können, endlich in die Regierung einzutreten, allerdings nur in eine bürgerliche, wie er sarkastisch hinzufügt.*<sup>98</sup>

Theo Sommer gelangt aufgrund dieser Überlegungen in der »Zeit« zu der Ansicht: *Noch scheint die Zeit für das vielbeschworene Changement nicht gekommen. Gebrochen wird allenfalls die Alleinherrschaft der Gaullisten, nicht schon ihre Herrschaft. Aber vieles spricht dafür, daß sie sich auf die Reformisten des Zentrums werden abstützen müssen, um noch einmal eine Regierungsmehrheit zusammenzubringen. Der Glanz von ehedem ist stumpf geworden.*<sup>99</sup> Diese Ansicht wird von den übrigen

<sup>94</sup> H. KAUFMANN, Die Wahlschlacht um die Fünfte Republik hat begonnen, FAZ, 15. 2. 73, S. 2.

<sup>95</sup> L. KRUSCHE, Die Gaullisten setzen auf die Frauen und das Wahlgesetz, FR, 26. 2. 73, S. 3.

<sup>96</sup> A. GROSSER, Hürden für die Linke, Die Zeit, 9. 2. 73, S. 8.

<sup>97</sup> A. GROSSER, Die Trümpfe der Gaullisten, Die Zeit, 16. 2. 73, S. 8.

<sup>98</sup> L. KRUSCHE, Die Gaullisten setzen auf die Frauen und das Wahlgesetz, FR, 26. 2. 73, S. 3.

<sup>99</sup> Th. SOMMER, Die letzten Tage des Gaullismus?, Die Zeit, 2. 3. 73, S. 1.

Kommentatoren der liberalen Presse geteilt. So schreibt z. B. der »Spiegel«, ein Wahlsieg der Linken sei zwar unwahrscheinlich, *doch auch der jetzt wahrscheinliche Wahlausgang würde 15 Jahre gaullistischer Autokratie ein Ende machen*, denn, so begründet er seine Meinung, die Gaullisten müßten die Macht mit den Reformatoren teilen, *die von ihnen noch vor kurzem fast ebenso verteufelt wurden wie die Linke*.<sup>100</sup>

In Anbetracht der befürchteten innen- und außenpolitischen Folgen eines Wahlsieges der Linken hält Theo Sommer in der »Zeit« einen knappen Erfolg der bürgerlichen Parteien sogar für *höchst wünschenswert*. Dieser hätte aus seiner Sicht folgende Vorteile:

1. Ein Verfassungskonflikt und damit eine Staatskrise würden vermieden, Westeuropa und der Atlantischen Allianz blieben schwere Erschütterungen erspart.
2. Die Gaullisten wären gezwungen, mit der Mitte parlamentarisch zusammenzuarbeiten. Dieser Zwang böte *die beste Garantie dafür, daß eine Ablösung der Gaullisten an der Macht eines Tages ohne chaotische Begleiterscheinungen möglich wird. Der Übergang würde vorbereitet. Und wenn man die französische Demokratie an derselben Elle mißt, mit der das Ausland stets die Reife der bundesdeutschen Demokratie gemessen hat, dann muß auch an der Seine die Reibungslosigkeit des Übergangs als Maßstab der Stabilität gelten*.
3. *Dem Sozialistenführer Mitterrand könnte die Linksunion des Wahljahres 1973 immerhin so viel Zuwachs an Stimmen und Profil einbringen, daß er ihrer vielleicht nicht mehr bedürfe, wenn es 1976 darum gehen wird, einen neuen Staatspräsidenten zu wählen. Auch dies würde den Übergang erleichtern – aus einer Epoche, in der die Gaullisten, wie einst diesseits des Rheins die christlichen Demokraten, den Staat als Leben betrachteten, in eine Zeit, in der eine Mehrheit der linken Mitte das Ruder übernehmen könnte. Nur durch solch schrittweise Verschiebung der Gewichte könnte Frankreich der Gefahr entgehen, daß der Kommunismus die einzige Alternative zu einem immer mehr verblasenden Gaullismus bleibt*.<sup>101</sup>

Die Wunschkoalition Theo Sommers ist somit für Frankreich ein Mitte-Linksbündnis aus Radikalen (Liberalen) und Sozialisten nach dem Vorbild der sozial-liberalen Koalition von Bonn. Da für eine solche Wunschkoalition jedoch z. Z. die Voraussetzungen fehlen, hofft Sommer auf eine Mitte-Rechtskoalition als Übergangslösung. Auch Herbert Kaufmann und Nikolas Benckiser von der »FAZ« wünschen sich eine Mitte-Rechts-

<sup>100</sup> Spiegel, 9/73 (26. 2. 73), Es reicht, S. 73.

<sup>101</sup> Th. SOMMER, Die letzten Tage des Gaullismus?, Die Zeit, 2. 3. 73, S. 1.

koalition, allerdings nicht wie Sommer nur als Übergangslösung, sondern als Dauerzustand.<sup>102</sup>

Die Kommentare von Lutz Krusche in der »Frankfurter Rundschau« und die Berichte des »Spiegels« lassen keine so eindeutige Präferenz erkennen.<sup>103</sup> Sie sind sowohl kritisch gegenüber den Regierungsparteien und der Mitte als auch gegenüber der Linken. Allerdings überwiegt in beiden linksliberalen Presseorganen die Kritik an den Regierungsparteien, besonders an der gaullistischen UDR.<sup>104</sup> Daraus läßt sich schließen, daß sowohl die »Frankfurter Rundschau« als auch der »Spiegel« eher der Linken zuneigen. Diese Zuneigung geht jedoch nicht soweit, daß beide Organe einen Sieg der Linken wünschen, denn beide lehnen die Verstaatlichungspläne des *Gemeinsamen Programms* ab und mißtrauen den Kommunisten. Dies gilt besonders für den »Spiegel«, der im Grunde genommen den Positionen der »Zeit« nähersteht als denen der »Frankfurter Rundschau«.<sup>105</sup>

### 5.3. Zukunftsprognosen

Während die Ansichten der liberalen Kommentatoren über den Ausgang der Wahlen weitgehend übereinstimmen, weichen ihre Prognosen über die Zukunft der französischen Politik und der französischen Wirtschaft erheblich voneinander ab. Theo Sommer verkündet in der »Zeit«: *Eine Volksfrontregierung steht in Frankreich nicht zu befürchten. Andererseits sind die letzten Tage des Gaullismus noch nicht gekommen. Indessen beginnen sie sich am Zukunftshorizont abzuzeichnen. Frankreichs politisches System, 1958 in der algerischen Krise von de Gaulle geschaffen, verändert sich in seinen Grundfesten – näher hin zur westeuropäischen Norm.*<sup>106</sup> Ebenfalls in der »Zeit« vertritt Alfred Grosser die Auffassung, *ob nun die Linke oder die Gaullisten siegen – das ist fast gehupft wie getupft; es wird sich nichts Grundlegendes ändern. Wie die Wahl auch ausgeht, die Grundtendenzen der Entwicklung werden fortbestehen – und die weisen auf den meisten Gebieten auf eine fortschrittliche Wandlung hin, die in jedem Fall viel Platz für Optimismus läßt.*<sup>107</sup>

<sup>102</sup> H. KAUFMANN, Frankreichs Mitte steht für demokratische Reformen, FAZ, 27. 2. 73, S. 2.

<sup>103</sup> L. KRUSCHE, Marchais und Mitterrand erschrecken niemand mehr, FR, 24. 2. 73, S. 3. Der Artikel ist gegenüber der Linken weit kritischer, als es die Überschrift vermuten läßt. Der Spiegel-Artikel über die Wahlen ist sowohl kritisch gegenüber den Gaullisten als auch gegenüber der Linken, läßt aber keine eigenen Positionen erkennen. Spiegel, 9/73 (26. 2. 73). Es reicht, S. 69–73.

<sup>104</sup> L. KRUSCHE, Die Gaullisten setzen auf die Frauen und das Wahlgesetz, Fr, 26. 2. 73, S. 3; Spiegel, 9/73 (26. 2. 73). Es reicht, S. 69–73.

<sup>105</sup> Spiegel, 9/73 (26. 2. 73), Es reicht, S. 69–73.

<sup>106</sup> Th. SOMMER, Die letzten Tage des Gaullismus?, Die Zeit, 2. 3. 73, S. 1.

<sup>107</sup> A. GROSSER, Die Trümpfe der Gaullisten, Die Zeit, 16. 2. 73, S. 8.

Karl Jetter von der »FAZ« ist dagegen pessimistisch. Unabhängig vom Ausgang der Wahlen erscheint ihm die Zukunft der französischen Wirtschaft schwer belastet, denn *die Wahlversprechen der Regierungen und die Forderungen der Linken sowie der Gewerkschaften treffen . . . auf eine überhitzte Wirtschaft. Die letzte rostige Maschine läuft auf Hochtouren. Die Lohnexplosion steht bei 12 Prozent mehr im Jahr. Eine Sintflut von Geldschöpfung und Übernachfrage garantiert bisher schon eine unerträgliche Inflation.* Diese wird sich nach den Wahlen erheblich verstärken, wenn auch nur ein Teil der Wahlversprechen verwirklicht wird. Eine hohe Inflationsrate muß aber auf die Dauer in die Katastrophe führen.<sup>108</sup> Ferner ist nach der Wahl mit schweren Arbeitskämpfen zu rechnen, befürchtet Karl Jetter, denn die Gewerkschaften haben mit dem Generalstreik gedroht, falls die Regierungsparteien abermals die Mehrheit erhalten sollten. Arbeitskämpfe aber würden die Wirtschaft und die Verwaltung weitgehend lahmlegen und die Stabilität der Währung bedrohen, wie das italienische Beispiel seit geraumer Zeit zeigt. *Die Hoffnung jedenfalls, daß nach einem Wahlsieg der Gaullisten . . . alles in Ordnung sein wird, ist geplatzt.*<sup>109</sup>

Auch Lutz Krusche von der »Frankfurter Rundschau« ist überzeugt, daß ein Wahlsieg der Regierungsparteien die wirtschaftlichen und sozialen Probleme Frankreichs nicht lösen würde. Er glaubt jedoch nicht wie Karl Jetter an die Gefahr eines Generalstreiks, wohl aber rechnet er mit einer Zunahme der wirtschaftlichen und sozialen Auseinandersetzungen, die bereits den Wahlkampf beherrscht haben.<sup>110</sup>

### 6.1. Wahlrecht

Besondere Bedeutung für den Ausgang der Wahl messen die liberalen Kommentatoren dem Wahlrecht und der Wahlkreiseinteilung bei. Das Wahlrecht bestimmt, erläutert Alfred Grosser in der »Zeit«, daß der Kandidat gewählt ist, der in seinem Wahlkreis entweder im 1. Wahlgang die absolute oder aber im 2. Wahlgang die relative Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erhält.<sup>111</sup> Diese Bestimmung, meint Lutz Krusche in der »Frankfurter Rundschau«, begünstigt die großen Parteien und fördert die Polarisierung, da nur große Parteien bzw. Wahlkoalitionen die

<sup>108</sup> K. JETTER, Verlockungen zur Volksrepublik, FAZ, 2. 3. 73, S. 3; ferner ders., Drohung der französischen Gewerkschaften, FAZ, 21. 2. 73, S. 4.

<sup>109</sup> K. JETTER, Drohung der französischen Gewerkschaften, FAZ, 21. 2. 73, S. 4.

<sup>110</sup> L. KRUSCHE, Die erste Wahl mit dem Herzen – die zweite mit dem Hirn, FR, 2. 3. 73, S. 3.

<sup>111</sup> A. GROSSER, Hürden für die Linke, Die Zeit, 9. 2. 73, S. 8.

Chance haben, im 1. Wahlgang die absolute bzw. im 2. Wahlgang die relative Mehrheit zu erringen.<sup>112</sup>

Das französische Wahlsystem, schreibt Krusche ferner, stellt die Wähler vor höhere Anforderungen als die Wahlsysteme anderer Demokratien. Es läßt ihnen nämlich nur im 1. Wahlgang die Möglichkeit, nach ihren Überzeugungen und Neigungen zu entscheiden. Im 2. Wahlgang müssen sie dagegen allein ihrer Vernunft gehorchen. Wer einen Wahlsieg der Linken verhindern will, muß für einen Kandidaten der Rechten, eventuell der Mitte, stimmen, und wer umgekehrt einen Wahlsieg der bürgerlichen Parteien nicht will, der ist gezwungen, für den Einheitskandidaten der Linken zu stimmen, egal, ob dieser ihm paßt oder nicht. Dieser Zwang, fährt Krusche fort, begünstigt häufig die Gaullisten, weil sie als stärkste Partei des Regierungslagers in den meisten Wahlkreisen im 2. Wahlgang den Kandidaten der Rechtskoalition stellen.<sup>113</sup> Für sie stimmen dann in der Regel nicht nur die traditionellen Wähler des bürgerlichen Lagers, sondern ebenfalls die Mehrheit der Liberalen und viele sozialistische Wähler, wenn der Einheitskandidat der Linken ein Kommunist ist, weil die Furcht vor den Kommunisten bei vielen potentiellen Linkswählern noch groß ist.<sup>114</sup> Trotz der Verbesserung des Images der Kommunisten, schreibt Alfred Grosser in der »Zeit«, bleibt es unzweifelhaft, *daß die sozialistischen Kandidaten in der Stichwahl viel mehr Chancen haben als die kommunistischen. So gesehen wäre es logisch, wenn die Linke beim zweiten Wahlgang in der Regel Sozialisten präsentiert. Die Sozialisten und Kommunisten haben jedoch vereinbart, im 2. Wahlgang gemeinsam aufzutreten und denjenigen Kandidaten zu präsentieren, der im 1. Wahlgang die meisten Stimmen erhält. Diese Verabredung wird in der Regel dazu führen, daß die Linke einen Wahlkreis verliert, wenn ihr Kandidat ein Kommunist ist und sie im 1. Wahlgang nur eine schwache Mehrheit errungen hat, sie ihn aber gewinnen würde, wenn der Kandidat ein Sozialist wäre.*<sup>115</sup>

Eine solche Situation wird relativ häufig auftreten, vermutet Grosser. Wenn sich die Kommunisten bereit fänden, in solchen Situationen dem schlechter platzierten sozialistischen Kandidaten den Vorrang zu lassen, dann könnte die Linke eventuell die Wahlen gewinnen. *Aber dann säßen in der neuen Nationalversammlung weit mehr sozialistische Abgeordnete als kommunistische. Und Mitterrand würde die Nummer eins der Opposition. Diese Aussicht ist für die Kommunisten, nicht zuletzt wegen den*

<sup>112</sup> L. KRUSCHE, Die erste Wahl mit dem Herzen – die zweite mit dem Hirn, FR, 2. 3. 73, S. 3.

<sup>113</sup> Ebda.

<sup>114</sup> A. GROSSER, Hürden für die Linke, Die Zeit, 9. 2. 73, S. 8.

<sup>115</sup> Ebda.

*Präsidentschaftswahlen von 1976, wenig verlockend. Sie werden deshalb den Sozialisten nur in ein paar wenigen Kreisen einen Sitz »schenken«. Damit aber mindern sie die Siegeschancen der Linken so stark, daß die jetzige Mehrheit wahrscheinlich doch noch unter Umständen mit Hilfe der Reformer über die Runden kommt.*<sup>116</sup>

Es hängt somit allein von den Kommunisten ab, ob die Linke die Wahlen gewinnt oder nicht. Grosser drückt dies nicht so klar in seinen Ausführungen aus, aber es geht eindeutig aus ihnen hervor. Damit widerspricht er indirekt der These, die Wahlentscheidung würde durch das Wahlsystem fallen, d. h. durch den institutionellen Zwang, im zweiten Wahlgang zwischen einem Kandidaten der Rechten und der Linken zu wählen.

### 6.2. Wahlkreiseinteilung

Während somit die liberale Presse die Bedeutung des Wahlrechts für den Wahlausgang unterschiedlich beurteilt, ist sie einer Meinung in der Frage der Wahlkreiseinteilung. Diese, so klagt Hermann Kaufmann in der »FAZ«, verzerrt den Wählerwillen, da sie ohne Rücksicht auf die Bevölkerungsdichte der einzelnen Regionen Wahlkreise schafft, deren Einwohnerzahlen erheblich voneinander abweichen. In der Praxis führt dies dazu, daß die dünnbesiedelten Wahlkreise der ländlichen Gebiete im Vergleich zu den dichtbesiedelten der industriellen Ballungsgebiete überrepräsentiert sind. Davon profitieren vor allem die bürgerlichen Parteien, weil ihre Wählerschaft überwiegend in den dünnbesiedelten Wahlkreisen lebt.<sup>117</sup>

Das unterschiedliche Gewicht der Wählerstimmen in den einzelnen Wahlkreisen führt dazu, daß *das Zahlenverhältnis der verschiedenen Fraktionen in der französischen Nationalversammlung . . . sich nicht aus der proportionalen Gesamtstärke der aufsummierten Stimmen im ganzen Lande (ergibt), sondern aus den jeweiligen lokalen Mehrheitsentscheidungen in den einzelnen Stimmbezirken, selbst wenn diese jeweils nur auf wenigen Stimmen beruhen.*<sup>118</sup> Die liberale Presse übernimmt hier die innerfranzösische Kritik am Mehrheitswahlrecht, ohne nach den Gründen für seine Wiedereinführung 1958 und nach seiner Funktion zu fragen. Ein schönes Beispiel dafür, wie die eigenen Wertvorstellungen den Zugang zur fremden Realität versperren.<sup>119</sup>

<sup>116</sup> Ebda.

<sup>117</sup> H. KAUFMANN, Die persönlichen Verdienste der Kandidaten mitentscheidend, FAZ, 2. 3. 73, S. 4.

<sup>118</sup> Ebda.

<sup>119</sup> Diese Übernahme der innerfranzösischen Kritik am Mehrheitswahlrecht ist keines-

### 6.3. Personale und psychologische Faktoren

Der Ausgang der Wahlen hängt schließlich noch von personalen sowie von psychologischen Faktoren ab. *Das Parteiprogramm, für das der Kandidat eintritt, ist für die Wählerentscheidung nur zum Teil ausschlaggebend*, meint Herbert Kaufmann in der »FAZ«. *Viele französische Wähler richten sich nach dem Ansehen der Kandidaten in den Gemeinden und nach seinen persönlichen Verdiensten. Daher sind zwar die politischen Tendenzen vor einer Wahl gut zu erkennen – nicht aber die konkreten Ergebnisse. Diese können im zweiten Wahlgang erheblich von den Stimmempfehlungen der Parteien und den Stimmenthaltungen der Wähler beeinflusst werden. Es kann daher z. B. sein, daß die Gaullisten im ersten Wahlgang schwach abschneiden und im zweiten dann ganz erheblich aufholen, etwa weil ein Teil der Wähler, der ihnen im ersten Wahlgang ihre Stimme versagte, inzwischen fürchtet, daß die Kommunisten zu stark werden oder der Kandidat der Mitte ausgeschieden ist und man die Linke nicht wählen will.*<sup>120</sup>

## 7. Wahlausgang

### 7.1. Erster Wahlgang: Ergebnisse und Folgen

Die Ergebnisse des 1. Wahlganges bestätigen die liberalen Kommentatoren in ihren Wahlprognosen. Die Linke hat zwar an Stimmen gewonnen, aber nicht die absolute Mehrheit erreicht, die Rechte hat Stimmen verloren, jedoch keine entscheidende Niederlage erlitten, und die Mitte konnte sich behaupten, ohne indessen den erhofften Durchbruch zu erzielen. *Entschieden*, erklärte Theo Sommer in der »Zeit«, *ist damit nichts.*<sup>121</sup>

Für die »FAZ« steht jedoch bereits fest: *der Gaullismus wird diese Krise nicht überleben, jedenfalls nicht in seiner bisherigen Gestalt. Den Grund für den Niedergang des Gaullismus sieht die »FAZ« in der »unmöglichen Alternative, vor die de Gaulle Frankreich gestellt hat: Ich oder das Chaos. Kein Land, so lange es wählen darf, erträgt es auf unabsehbare Dauer, anstelle einer Wahl mit einem Dilemma konfrontiert zu werden. Das von de Gaulle geprägte Parteiensystem mußte daher früher oder später in eine Krise geraten. Aus dieser Krise des Parteiensystems der gaul-*

wegs auf die Presse beschränkt, sondern findet sich auch in der wissenschaftlichen Literatur über das Politische System Frankreichs. Vgl. Udo KEMPF, Das politische System Frankreichs, Eine Einführung, Opladen 1975, 127 ff.

<sup>120</sup> H. KAUFMANN, Die persönlichen Verdienste der Kandidaten mitentscheidend, FAZ, 2. 3. 73, S. 4.

<sup>121</sup> Th. SOMMER, Ein Mandat für Wandel, Die Zeit, 9. 3. 73, S. 1.

*listischen Republik kann der Gaullismus als politische Bewegung nur mit Verlusten hervorgehen, vor allem da, wo er am meisten gaullistisch ist, in dem Ausschließlichkeitsanspruch. Er wird wieder Partei unter Parteien werden.*<sup>122</sup>

Auch Theo Sommer ist davon überzeugt, daß die *letzte Stunde des alten Gaullismus* geschlagen hat. Da die gaullistische Partei, die UDR, nur knapp 24 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen erhielt, ist die *Gleichsetzung von Gaullismus und Mehrheit . . . anachronistisch geworden*. Der Gaullismus wird sich zwar als führende Kraft der Mehrheit behaupten, aber er wird nicht mehr mit der Mehrheit identisch sein. Außerdem wird er gezwungen sein, sich nach innen und außen zu öffnen, um die Unterstützung der liberalen Wählerschaft und der Mitte zu gewinnen.<sup>123</sup>

Die *Reformatoren*, darin sind sich die liberalen Kommentatoren einig, haben nicht den erhofften Durchbruch erzielt. Lediglich 28 ihrer Kandidaten haben eine Chance, im 2. Wahlgang gewählt zu werden. Dennoch, meint Ernst Weisenfeld in der »Zeit«, spielen sie auch weiterhin eine wichtige Rolle. *In rund 40 Wahlkreisen kann ihr Rückzug dem Kandidaten des Regierungslagers die notwendigen Stimmen für den Sieg bringen. Bleiben sie dagegen im Rennen, so profitiert die Linke davon. Die Entscheidung darüber ist in der Regel gegen die Linke getroffen worden. Offiziell gab es zwar keine Absprachen mit dem Regierungslager, aber da die Gaullisten in einigen Wahlkreisen auch den gut placierten »Reformatoren« den Weg frei machten, hat es doch auf lokaler Ebene Übereinkünfte gegeben.* Dies erscheint Weisenfeld nur konsequent, denn so klein die Zahl der Abgeordneten sein mag, die den Ausschlag geben werden – im Regierungslager muß man davon ausgehen, daß man sie als Partner braucht – selbst für den unwahrscheinlichen Fall, daß die alte Mehrheit noch eine kleine Mehrheit bleibt.<sup>124</sup>

Während die »FAZ« und die »Zeit« in ihren Wahlkommentaren vor allem die Schwächung des Gaullismus hervorheben und auf die Bedeutung der *Reformatoren* hinweisen, verweist die »Frankfurter Rundschau« auf die Stärkung der Linken, besonders der Sozialisten. Triumphierend verkündet Lutz Krusche: *Die Linken haben ihr durch die Schockwahl nach dem Mai 1968 lädiertes Selbstvertrauen wiedergefunden. Frankreich hat zwischen Gaullisten und Kommunisten wieder eine starke dritte Stimme, die der Sozialistischen Partei.*<sup>125</sup>

<sup>122</sup> H. KAUFMANN, Der Gaullismus am Ende?, FAZ, 5. 3. 73, S. 1.

<sup>123</sup> Th. SOMMER, Ein Mandat für Wandel, Die Zeit, 9. 3. 73, S. 1.

<sup>124</sup> E. WEISENFELD, Linker Vormarsch – Die Gaullisten buhlen um die Gunst der Reformatoren, Die Zeit, 9. 3. 73, S. 6.

<sup>125</sup> L. KRUSCHE, Noch nicht entschieden, FR, 6. 3. 73, S. 3.

Aber trotz der erheblichen Stimmenverluste der Gaullisten im 1. Wahlgang rechnen sämtliche liberalen Kommentatoren auch weiterhin mit einem Wahlsieg der bisherigen Regierungsparteien. *Die Besonderheit des Wahlrechts, der eingefleischte Antikommunismus des französischen Bürgers ... aber auch die mangelnde Verlässlichkeit der Wahlabsprachen zwischen Sozialisten und Kommunisten*, schreibt Theo Sommer in der »Zeit«, spricht dafür, daß die Gaullisten noch einmal eine parlamentarische Mehrheit *zusammenkratzen*. Aber, so fügt er einschränkend hinzu, wahrscheinlich werden sie auf die Unterstützung der Zentristen angewiesen sein und diesen daher Zugeständnisse machen müssen: *in Richtung auf Lockerung nach innen und außen*. Das Mandat, das die neue Mehrheit erhalten wird, *wird ein Mandat für Öffnung, Wandel, Reform sein*.<sup>126</sup>

Auch Lutz Krusche räumt den *bürgerlichen Parteien* in der »Frankfurter Rundschau« gute Siegesaussichten ein, allerdings nur, wenn sie *einige der sozialpolitischen Vorschläge in dieser oder jener Form anbieten, die fast die Hälfte der Wahlberechtigten zum sozialistisch-kommunistischen Programm gezogen hat*. Lutz Krusche ist ebenfalls überzeugt, daß sich die bisherigen Regierungsparteien nur mit Unterstützung der Mitte an der Macht behaupten können. Der Einzug *liberaler Kräfte* ins nächste Parlament scheint ihm daher gesichert.<sup>127</sup> Sein Kommentar zeigt, daß die liberale Presse weitgehend die gleichen Ergebnisse im 2. Wahlgang erwartet.

## 7.2. Zweiter Wahlgang: Ergebnisse

Die Ergebnisse des zweiten Wahlgangs entsprachen nicht ganz den Erwartungen der liberalen Presse. Die Regierungsparteien konnten trotz erheblicher Stimmen- und Mandatsverluste ihre absolute Mehrheit behaupten und waren damit für die Regierungsbildung nicht auf die Unterstützung der Reformatoren angewiesen, wie diese gehofft und die liberale Presse allgemein erwartet hatte. Die *Reformatoren* vermochten zwar ihre Abgeordnetenzahl fast verdoppeln, aber es gelang ihnen nicht, zum Zünglein an der Waage zu werden. Die Parteien der Linksunion erzielten große Stimmengewinne, wodurch sich die Zahl ihrer Parlamentsmandate fast verdoppelte, doch reichte dieser Erfolg nicht aus, um ihnen die absolute Mehrheit zu verschaffen. Die Wahlen von 1973 veränderten somit zwar die Mandatsverteilung, aber kaum die parlamentarischen Machtverhältnisse. Im Grunde genommen blieb alles beim alten.<sup>128</sup>

<sup>126</sup> Th. SOMMER, Ein Mandat für Wandel, Die Zeit, 9. 3. 73, S. 1.

<sup>127</sup> L. KRUSCHE, Noch nicht entschieden, FR, 6. 3. 73, S. 3.

<sup>128</sup> Le Monde, 14. 3. 73.

### 7.3. Wählerverhalten

Theo Sommer erklärt das Verhalten der Wähler in der »Zeit« vor allem mit sozialpsychologischen Faktoren. *Die Geschichte hat es immer wieder erwiesen. Franzosen sind gern revolutionär in der ersten Runde, aber konservativ in der zweiten. Die jüngsten Wahlen zur Nationalversammlung machen von dieser Regel keine Ausnahme. Vor dem abrupten Machtwechsel schrecken die französischen Wähler zurück, zumal die der Mitte; die Volksfront erscheint ihnen, nicht, noch nicht als verlockende Alternative. So begnügen sie sich damit, den Gaullisten einen Denkart zu verabreichen und Pompidous Mehrheit kräftig zur Ader zu lassen.*<sup>129</sup>

Herbert Kaufmann meint dagegen in der »FAZ«, die Masse der Wähler wollte zwei Dinge zugleich klar machen: *Sie wollte ihre Unzufriedenheit mit manchen Erscheinungsformen der gaullistischen Regierungspolitik ausdrücken, und sie wollte gleichzeitig eine Linksregierung ablehnen.*<sup>130</sup> Das Verhalten der Wähler wurde somit nach Kaufmann nicht durch ihre Mentalität, sondern durch ihren politischen Willen bestimmt.

### 7.4. Interpretationen

Wie bereits nach dem 1. Wahlgang äußert Theo Sommer in der »Zeit« seine Befriedigung über die Stimmenverluste der Gaullisten. Diese konnten zwar eine Niederlage vermeiden, aber sie sind zur *Öffnung* gezwungen, d. h. zur Zusammenarbeit mit der Mitte und zur Wiederannäherung an die Vereinigten Staaten.<sup>131</sup> Auch Nikolas Benckiser und Herbert Kaufmann äußern sich in der »FAZ« befriedigt über die Stimmenverluste der Gaullisten. Sie weisen jedoch gleichzeitig auf die Stimmengewinne der nichtgaullistischen Gruppen der Regierungsmehrheit (Unabhängige Republikaner und progouvernementale Zentristen), der *Reformatoren* und der Sozialisten hin. Dadurch, so meinen sie, verschiebt sich das politische Kräfteverhältnis zur Mitte hin.<sup>132</sup>

Diese Verschiebung, erklärt Nikolas Benckiser in der »FAZ«, hat jedoch nicht die Polarisierung der politischen Kräfte auf der Rechten und auf der Linken beseitigt. Diese ist im Gegenteil durch das massive Eingreifen Pompidous in den Wahlkampf zu Gunsten seiner Anhänger noch verstärkt worden. Dadurch, meint er bedauernd, *sind wieder einmal hoffnungsvolle und vernünftige Ansätze zur Bildung einer Mitte mit eigenem Schwergewicht zerrieben worden. Dies ist ein fast tragisch zu nennender*

<sup>129</sup> Th. SOMMER, Gewinn für Europa, Die Zeit, 16. 3. 73, S. 1.

<sup>130</sup> H. KAUFMANN, Wahlen in Frankreich, FAZ, 13. 3. 73, S. 1.

<sup>131</sup> Th. SOMMER, Gewinn für Europa, Die Zeit, 16. 3. 73, S. 1.

<sup>132</sup> H. KAUFMANN, Wahlen in Frankreich, FAZ, 13. 3. 73, S. 1; N. BENCKISER, Frankreichs Zweiparteiensystem, FAZ 13. 3. 73, S. 1.

*Vorgang in dem Staat, der früher so oft als Heimat des ›juste milieu‹ gekennzeichnet und gepriesen worden ist.* Die durch den Begriff des ›juste milieu‹ gekennzeichneten Werte, meint Benckiser, gelten auch heute noch in Frankreich, aber sie vermögen sich politisch nicht mehr durchzusetzen.<sup>133</sup> Lutz Krusche untersucht in der »Frankfurter Rundschau« besonders das Verhältnis zwischen der Mitte und der Linken. Gemeinsam, schreibt er, hätten beide Gruppierungen rein wahlarithmetisch die parlamentarische Mehrheit gewinnen können. Ein Bündnis zwischen ihnen war jedoch nicht möglich. *Ein Jean-Jacques Servan-Schreiber und ein Lecanuet hätten nie in eine Volksfrontbewegung gepaßt und ihr allein durch ihre Anwesenheit mehr geschadet als genutzt.*<sup>134</sup> Den Sozialisten, so folgert er, blieb daher nur die Möglichkeit eines Bündnisses mit den Kommunisten.<sup>135</sup> Dieses, so argumentiert Herbert Kaufmann in der »FAZ«, hat aber viele potentielle Linkswähler abgeschreckt und dadurch die Sozialisten viele Stimmen gekostet. Es wäre daher für sie besser gewesen, so läßt sich aus seinen Ausführungen schließen, sie hätten darauf verzichtet.<sup>136</sup>

Die Kommentare der liberalen Journalisten zu den Wahlergebnissen zeigen deutlich ihre Wunschkoalitionen. Herbert Kaufmann von der »FAZ« wünscht sich eine Mitte-Rechtskoalition aus Zentristen, Republikanern und Gaullisten, Lutz Krusche von der »Frankfurter Rundschau« dagegen eine Mitte-Linkskoalition aus Radikalen und Sozialisten nach dem Vorbild der sozialliberalen Koalition in Bonn und Theo Sommer von der »Zeit« eine Mitte-Rechtskoalition ohne Gaullisten als Übergang zu einer Mitte-Linkskoalition ohne Kommunisten. Alle liberalen Kommentatoren übertragen somit bundesdeutsche Koalitionsmuster auf Frankreich und bedauern, daß diese sich dort nicht durchgesetzt haben. Ein typisches Beispiel für die Übertragung ethnozentrischer Vorstellungen auf die politische Realität des Auslandes durch die deutsche Presse.<sup>137</sup>

Obwohl der Wahlausgang nicht den Wunschvorstellungen der liberalen Presse entspricht, ist sie doch im großen und ganzen mit ihm zufrieden. Dies gilt besonders für die »FAZ« und für die »Zeit«. Durch den Sieg der Regierungsparteien, schreibt Theo Sommer in der »Zeit«, bleibt *den Europäern eine Volksfrontregierung in einem Mitgliedland der Ge-*

<sup>133</sup> N. BENCKISER, Frankreichs Zweiparteiensystem, FAZ 13. 3. 73, S. 1.

<sup>134</sup> L. KRUSCHE, Linker Zorn ergießt sich über das Zentrum, FR, 13. 3. 73, S. 3.

<sup>135</sup> Ebda.

<sup>136</sup> H. KAUFMANN, Wahlen in Frankreich, FAZ 13. 3. 73, S. 1.

<sup>137</sup> Die Übertragung ethnozentrischer Vorstellungen auf das Ausland durch die Presse ist jedoch keineswegs ein typisch deutsches Phänomen, sondern genau so stark in Frankreich ausgeprägt. Vgl. Henri MÉNUDIER, Une revue de la presse française et allemande, »De quelle Allemagne parlez-vous?«, in: Documents, Nr. 4, Dez. 1977, S. 14–42.

*meinschaft erspart, ehe die dortigen Kommunisten sich zu jener Art von Kommunismus gemausert haben, mit dem auch ein Westeuropa leben könnte, das sich nicht in die direkte oder indirekte Botsmäßigkeit Moskaus begeben möchte. Einer Finnlandisierung von der Seine her ist damit vorgebeugt, auch der weiteren Radikalisierung der europäischen Sozialdemokraten im Sog einer Pariser Volksfront.<sup>138</sup>*

## 8. Schlußbetrachtung

Die Analyse der Berichterstattung über die französischen Parlamentswahlen 1973 zeigt, daß die liberale Presse der Bundesrepublik (wie übrigens die gesamte deutsche Presse) dazu neigt, ethnozentrische Vorstellungen auf Frankreich zu übertragen und die französische Politik mit Hilfe der eigenen politisch-ideologischen Interpretationsmuster zu erklären. Diese Neigung wird besonders deutlich bei der Beschreibung des französischen Parteiensystems, der Einschätzung der einzelnen Parteien und der Bewertung des Wahlausgangs sowie seiner mutmaßlichen Folgen.

Die liberale Presse beschreibt das französische Parteiensystem so, daß es formal dem deutschen Parteiensystem ähnelt, indem sie die Rechte mit dem Gaullismus gleichsetzt, die oppositionelle Mitte dem *bürgerlichen Lager* als potentiellen Koalitionspartner der Regierungsparteien zurechnet und die Linke trotz ihrer vielfältigen internen Unterschiede als Einheit betrachtet. Auf diese Weise vereinfacht sie in unzulässiger Weise die französische Parteienlandschaft.

Die einzelnen Parteien und Wahlkoalitionen beurteilt die liberale Presse entsprechend ihren eigenen politisch-ideologischen Vorstellungen und nicht nach analytischen Kategorien der sozialwissenschaftlichen Frankreichforschung oder des französischen Selbstverständnisses. Dabei zeigen sich zwischen den einzelnen Presseorganen sowohl übergreifende Gemeinsamkeiten als auch relevante Unterschiede.

Alle untersuchten Presseorgane sind sowohl gegen eine gaullistische Vorherrschaft als auch gegen eine sozialistisch-kommunistische Regierung, da beide ihrem liberalen Politikverständnis und ihren Vorstellungen von den deutschen Interessen widersprechen. Die »FAZ« wünscht sich stattdessen eine Mitte-Rechtsregierung aus Reformatoren, Republikanern und Gaullisten, die »FR« dagegen eine Mitte-Linksregierung aus Reformatoren, Sozialisten und eventuell Kommunisten. Die »Zeit« befürwortet eine Mitte-Rechtskoalition aus Republikanern und Reformatoren ohne Gaullisten als Übergangslösung zu einer Mitte-Links-Koalition aus

<sup>138</sup> Th. SOMMER, Gewinn für Europa, Die Zeit, 16. 3. 73, S. 1.

Reformatoren und Sozialisten ohne Kommunisten. Allerdings neigt die »FAZ« auch einer *Großen Koalition* aus Republikanern, Reformatoren und Sozialisten unter Giscard d'Estaing zu, falls die Sozialisten sich von den Kommunisten lösen und den schwedischen Sozialdemokraten nach-eifern würden und die »Frankfurter Rundschau« sehe ebenso wie die »Zeit« und der »Spiegel« gern in Frankreich eine Zusammenarbeit zwischen den Radikalen (Liberalen) und den Sozialisten nach dem Vorbild der sozial-liberalen Koalition von Bonn. Diese Wunschkoalitionen werden jedoch nur angedeutet, nicht direkt genannt, denn die liberalen Kommentatoren der Wahl wissen, daß sie zur Zeit in Frankreich nicht möglich sind.

Die Übertragung ethnozentrischer sowie liberaler Vorstellungen und Interpretationsmuster auf Frankreich führt zu erheblichen Fehldeutungen der französischen Politik. So wird z. B. die Vitalität des Gaullismus von sämtlichen liberalen Kommentatoren stark unterschätzt und die Bedeutung der Reformatoren überschätzt. Die wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen des »*Gemeinsamen Programms*« der Linken werden von der »FAZ« und der »Zeit« in düsteren Farben gemalt, von der »Frankfurter Rundschau« dagegen ostentativ verharmlost. Jedesmal fehlt der Versuch, die französischen Phänomene aus ihrem spezifischen Kontext zu erklären. Das Frankreichbild, das die liberale Presse so der deutschen Öffentlichkeit vermittelt, entspricht daher weder den Erkenntnissen der sozialwissenschaftlichen und historischen Frankreichforschung noch dem Selbstverständnis der Franzosen. Ziel deutscher Frankreichberichterstattung sollte es aber im Interesse einer besseren deutsch-französischen Verständigung sein, möglichst ein objektives Bild von Frankreich zu vermitteln. Dies erfordert eine kritische Überprüfung des eigenen Frankreichbildes im Lichte der Erkenntnisse der sozialwissenschaftlichen und historischen Frankreichforschung sowie des Selbstverständnisses der französischen Gesellschaft. Eine solche Überprüfung bedeutet keineswegs den Verzicht auf den eigenen Standpunkt, sondern lediglich seine kritische Selbstreflexion.